

Freie Hansestadt Bremen



Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

OPERATIONELLES PROGRAMM

für die Gemeinschafts-Initiative

U R B A N

im Land Bremen

(Bremen-Stadt)

für die Jahre 1994-1999

- * gemäß Mitteilung 94/C 180/02 / ABL Nr. C 180 vom 1. Juli 1994
- * im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- * im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF)

Bremen, im Oktober 1994

I N H A L T

Einleitung/Zusammenfassung

1. Tabellarische Übersicht
2. Sozio-ökonomische Beschreibung des regionalen Umfelds
3. Entwicklung von Sozialindikatoren für bremische Ortsteile (Benachteiligungsindex)
4. Die Aktions-Räume des bremischen URBAN-Programms
5. Strategie
6. Aktivitäten
7. Finanzierung
8. Aspekte der Umsetzung

EINLEITUNG / ZUSAMMENFASSUNG

Per Mitteilung 94/C 180/02¹ vom 1. Juli 1994 zur Festlegung der Leitlinien für die Gemeinschafts-Initiative URBAN fordert die EU-Kommission dazu auf, innerhalb von vier Monaten *Operationelle Programme* für städtische Gebiete einzureichen.

Aus den EU-Struktur-Fonds sind hierfür EU-weit Finanzmittel in Höhe von 600 Mio. ECU veranschlagt. Davon sollen 400 Mio. ECU für die Ziel-1-Regionen und 200 Mio. ECU für andere Regionen verwendet werden. Unter den letzteren haben die Ziel-2-Gebiete den Vorrang.

Die in den Operationellen Programmen durchzuführenden Projekte können eine Laufzeit von bis zu fünf Jahren haben. Die Projekte sollen zudem in ein integriertes Konzept unter Verzahnung von Regional-Fonds (EFRE) und Sozial-Fonds (ESF) im Zusammenwirken mit weiteren Finanzquellen städtische Probleme angehen: Förderung von Unternehmens-Gründungen, Verbesserung der Infrastrukturen, der physischen Umgebung und der Umwelt, Angebote von bedarfsgerechten Fortbildungsmöglichkeiten, Maßnahmen zur Gewährleistung der Chancengleichheit und soziale Einrichtungen.

Dabei sollen vor allem Schlüssel-Maßnahmen initiiert werden, die unmittelbar an die Situation der Einwohner in benachteiligten städtischen Vierteln anknüpfen und deren Lebensstandard nachhaltig verbessern. Priorität erhalten integrierte Programme mit innovativem Charakter sowie mit Demonstrations- und Pilotfunktion. Es soll systematisch versucht werden, durch Multiplikations-Effekte weitere private und öffentliche Beiträge zu mobilisieren und die Projekte in eine umfassende städtische Strategie einzubinden. Ferner sollen die Initiativen in europaweiten Netzen die Zusammenarbeit und den Informations-Austausch fördern.

Diesen Leitlinien folgend, legt das Land Bremen ein entsprechendes Operationelles Programm URBAN vor. Es bezieht sich auf Wohnviertel in der Stadt Bremen (rd. 551.000 Einwohner).

¹ Veröffentlicht im Amtsblatt C Nr. 180 der Europäischen Gemeinschaften am 1. Juli 1994.

Die Ermittlung städtischer Problem-Viertel in Bremen-Stadt erfolgte auf der Grundlage von sozio-ökonomischen Indikatoren wie vor allem Arbeitslosigkeit, Bildungsniveau, Kriminalitäts-Rate, Wohnverhältnisse, Anteil von Sozialhilfe-Empfängern, soziale und ethnische Zusammensetzung, Umweltschäden, Verschlechterung des öffentlichen Verkehrs, mangelhafte lokale Einrichtungen. Dazu wurde ein sogenannter Benachteiligungs-Index mit 27 Datenfeldern entwickelt. In **Bremen-Stadt** wurden im Stadtteil Gröpelingen die Ortsteile **Lindenhof, Gröpelingen und Ohlenhof** als am stärksten förderbedürftig ausgewählt.

Neben begleitenden und vernetzenden Aktivitäten wie Workshops, Austauschprogramme und neben dem Ausbau von Partnerschaften sind Projekte in gegenseitiger Verzahnung in allen vier von der Kommission in der o.a. Mitteilung vorgeschlagenen Feldern/Kategorien vorgesehen:

- ◆ Einleitung neuer wirtschaftlicher Tätigkeiten,
- ◆ Sicherung der Beschäftigung auf lokaler Ebene,
- ◆ Verbesserung von Einrichtungen in den Bereichen Sozialwesen, Gesundheit und Sicherheit sowie
- ◆ Verbesserung der Infrastrukturen und der Umwelt im Zusammenhang mit den o.g. Maßnahmen.

In der Form, in der URBAN für das Land Bremen operationalisiert wurde, sind vier Programm-Achsen zuzüglich begleitende Aktivitäten wie folgt vorgesehen:

- ◆ Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten,
- ◆ Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit,
- ◆ Soziale und kulturelle Aktivitäten sowie
- ◆ Qualifizierung.

Insbesondere wird angestrebt, an bisher gewonnene Erfahrungen mit schon initiierten EU-Projekten im städtischen Bereich anzuknüpfen. Die hier im bremischen Operationellen Programm vorgeschlagenen Projekte sind zudem in die gesamte städtische Strategie eingebunden und weisen eine hohe Kohärenz mit den anderen bremischen EU-Struktur-Programmen (Ziel-2 und die Gemeinschafts-Initiativen) sowie - darüber hinausgehend - mit der gesamten regionalen Struktur- und Arbeitsmarkt-Politik im Lande Bremen auf.

Insgesamt sind 8 Mio. ECU aus den Struktur-Fonds vorgesehen - 6,52 Mio. ECU aus dem EFRE und 1,48 Mio. ECU aus dem ESF. Das Gesamt-Volumen des Programms soll sich auf 16,31 Mio. ECU bemessen.

Die notwendigen Komplementär-Mittel (nationaler Anteil) stehen im Land Bremen zur Verfügung. Im Rahmen der ESF-Aktivitäten sollen 0,515 Mio. DM von privater Seite erbracht werden. Die einschlägigen Grundsätze der Additionalität werden eingehalten.

1. Tabellarische Übersicht

Fördergebietskulisse	Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland Region: Bundesland Bremen NUTS-III: Kreisfreie Stadt Bremen, nur die Ortsteile Gröpelingen, Ohlenhof und Lindenhof
Programm-Achsen	1. Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten 2. Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit 3. Soziale und kulturelle Aktivitäten 4. Qualifizierung
Beteiligte Fonds	1. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2. Europäischer Sozialfonds (ESF)
Laufzeit	Mittelbindung bis 31. Dezember 1999 Auszahlung bis 31. Dezember 2001
Beihilfe	Beihilfen sind in diesem Programm nicht vorgesehen (siehe auch Kapitel 8.1)
verantwortliche Stellen	Für den EFRE und die Federführung des Gesamtprogramms: Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie der Freien Hansestadt Bremen Zweite Schlachtpforte 3 28195 B r e m e n Für den ESF: Senator für Arbeit und Frauen der Freien Hansestadt Bremen Contrescarpe 73 28195 B r e m e n
Kontaktpersonen	Für den EFRE und die Federführung des Gesamtprogramms: Herr Dr. Frankenfeld, Tel.: 0421/361-8604 (Ref. Regionalpol.) Frau Lüdemann Tel.: 0421/361-8443 (Ref. Regionalpol.) Herr Lubiewski, Tel.: 0421/361-8651 (finanz. Abwicklung) FAX: 0421/361-8810 Für den ESF: Frau Jansen Tel.: 0421/361-4481 (ESF-Referentin) FAX: 0421/361-2072

Konten / Zahlungswege	Für den EFRE 1. von Brüssel nach Bonn Titel: Bundeskasse Bonn Kontonummer: 380 010 60 (BLZ 380 000 00) Bank: Landeszentralbank Bonn Haushaltsstelle: Kapitel 6006 Titel 28605 (Regionalfonds)
	2. von Bonn nach Bremen Titel: Landeshauptkasse Bremen Kontonummer: 1070 115 000 (BLZ 290 500 00) Bank: Bremer Landesbank Haushaltsstelle: 0709/346 48
	Für den ESF 1. von Brüssel nach Bonn Titel: Bundeshauptkasse Bonn Kontonummer: 301.0201670.88/995 Bank: Deutsche Bundesbank
	2. von Bonn nach Bremen Titel: Landeshauptkasse Bremen Kontonummer: 1070 115 000 (BLZ 290 500 00) Bank: Bremer Landesbank Haushaltsstelle: 0308/287 14-9
vorgesehene Großprojekte	keine
vorgesehene Globalzuschüsse	keine
Programm-Ausgaben insgesamt.	16,31 Mio. ECU
Anteil der EFRE-Mittel	6,52 Mio. ECU
Anteil der ESF-Mittel	1,48 Mio. ECU
Anteil der Struktur-Fonds-Mittel insgesamt	8,00 Mio. ECU
Aufstockungsmöglichkeiten Reserve-Projekte	Es sind ausreichend Projekte vorhanden, um das Programm mit zusätzlichen Mitteln weiter aufzustocken

Finanztabelle - Gesamtübersicht 1995 - 99 in Mio. ECU

2. Sozio-ökonomische Beschreibung des regionalen Umfelds

Im Land Bremen ist - neben der gesamten Stadt Bremerhaven - ein Großteil von Bremen-Stadt wiederum ab 1994 Ziel-2-Fördergebiet. Laut Punkt 18 der URBAN-Mitteilung soll - außerhalb der Ziel-1-Gebiete - den Ziel-2-Gebieten Vorrang bei der Förderung eingeräumt werden. Zudem ist das Land Bremen als Zwei-Städte-Staat ausnahmslos urban.

Als altindustrialisierte Region, die sich in einem Prozeß tiefgreifender wirtschaftlicher Umstrukturierung befindet, weist der bremische Zwei-Städte-Staat in bestimmten, abgrenzbaren Vierteln eine hohe Konzentration von negativen sozio-ökonomischen Merkmalen auf, die sich bei den Bewohnern in mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven, geringem Einkommen und schlechter Lebensqualität niederschlagen, wie im einzelnen unter **3.** näher dargelegt wird. Diese Probleme in bestimmten Vierteln aus eigener Kraft gezielt anzugehen, erweist sich für das Land Bremen als besonders schwierig. Denn das Land unternimmt zur Zeit äußerste finanzielle und politische Anstrengungen, um sektorale Einbrüche zu kompensieren sowie die einseitige Branchen-Ausrichtung mit dominant wachstumsschwachen Industrien und Defizite im Dienstleistungs-Bereich zu überwinden - mit dem Ziel, die Diversifizierung der Branchen-Struktur und die Modernisierung der Regional-Wirtschaft weiter voranzutreiben.

Kennzeichnend für die einseitige Wirtschafts-Struktur ist die immer noch überdurchschnittliche Abhängigkeit von der Problembranche Schiffbau, die in Bremerhaven sogar über 30 Prozent aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe ausmacht. Darüber hinaus wurden im Schiffbau hohe Beschäftigungs-Verluste verzeichnet, nämlich fast 41 Prozent bundesweit und sogar 55 Prozent in Bremen-Stadt jeweils im Zeitraum 1980 bis 1992.

Hinzu kommt, daß sogenannte Wachstums-Branchen, die auf Bundesebene hohe Zuwachsraten verzeichnen, in Bremen unterdurchschnittlich vertreten sind und sich auch deutlich schlechter entwickeln als im Bundesgebiet. Dies betrifft im Verarbeitenden Gewerbe beispielsweise die Sektoren "Chemie und Kunststoff-Verarbeitung" und "Elektrotechnik".

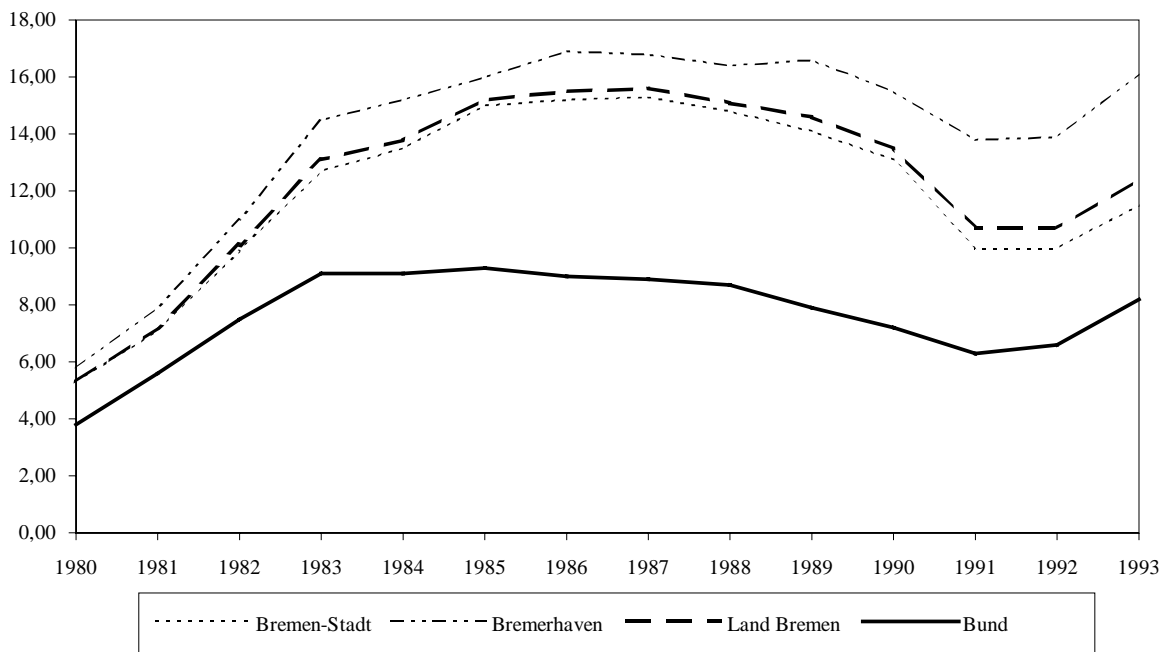
Diese Wachstums-Branchen in den westlichen Bundesländern sind einerseits im Land Bremen deutlich unterrepräsentiert; andererseits verzeichnen sie in den Jahren 1980 bis 1992 bundesweit eine Beschäftigungs-Zunahme von 5 Prozent beziehungsweise 7,1 Prozent, im Land Bremen aber ist die Beschäftigungs-Entwicklung in diesen Branchen rückläufig.

Deutliche Entwicklungs-Rückstände zeigen sich neben dem Produzierenden Gewerbe auch in den Branchen des tertiären Sektors im Land Bremen - vor allem in der Gruppe der Sonstigen Privaten Dienstleistungen. Darunter ist auch die wichtige Gruppe der unternehmens-orientierten Dienstleistungen subsumiert, der zukünftig unter beschäftigungs-politischen Gesichtspunkten große Bedeutung zukommen wird. Die Beschäftigungs-Anteile im Dienstleistungs-Bereich sind in den bremischen Städten zwar ähnlich hoch wie im Bundesdurchschnitt, aber die Entwicklung der Arbeitsplätze in diesem Bereich blieb in Bremen deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. So verzeichnet die Gruppe der Sonstigen Privaten (unternehmens-orientierten) Dienste im Zeitraum 1980 bis 1992 bundesdurchschnittlich einen Zuwachs von fast 45 Prozent, in Bremen-Stadt waren es lediglich knapp 29 Prozent. Noch deutlicher werden die Unterschiede in der Branche Kredit/Versicherung: Während bundesweit im Beobachtungs-Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 20 Prozent zulegte, waren es in Bremen nur 3,7 Prozent.

Entsprechend verlief die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Im Zeitraum 1980 bis 1993 hat sich die Zahl der Arbeitslosen landesweit mehr als verdoppelt und stieg von rund 14.900 auf 36.000 Personen an. Im gleichen Zeitraum stieg die Arbeitslosenquote im Land Bremen von 5,3 Prozent auf 12,4 Prozent.²

² Zu weiteren Einzelheiten der sozio-ökonomischen Analyse wird auf das eingereichte bremische Ziel-2-Programm/Phase III 1994-96 Seite 6 bis 31 verwiesen.

Entwicklung der Arbeitslosenquote 1980 bis 1993



Zudem wurde das Land Bremen von der bislang tiefsten Rezession der Nachkriegszeit besonders stark betroffen, und für eine durchgreifende Erholung gibt es momentan erst vereinzelte Anzeichen. 1992 hatte Bremen als einziges westliches Bundesland ein - wenn auch nur geringfügiges - Negativ-Wachstum, während das gesamte reale Wachstum in West-Deutschland in diesem Zeitraum sich auf 1,6 Prozent abschwächte. Im Jahre 1993 schrumpfte die wirtschaftliche Gesamt-Leistung preisbereinigt gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent und fiel damit noch ungünstiger aus als der Durchschnitt in den westdeutschen Bundesländern.

In dieser bremischen Entwicklung offenbart sich eine alte Erfahrung: Regionen mit einem hohen Anteil an Problem-Branchen - und auch solche, die sich in einem Umstrukturierungs-Prozeß befinden - werden aufgrund ihrer (noch) vorherrschenden Struktur-Schwäche von konjunkturellen Einbrüchen besonders nachhaltig getroffen. Damit besteht auch gleichzeitig die Gefährdung, daß die Bemühungen zur Modernisierung gebremst und vorhandene Ansätze eines strukturellen Wandels nachhaltig konterkariert werden.

Dieser sozio-ökonomische Hintergrund schlägt insbesondere in bestimmten Vierteln durch, in denen eine zunehmende Konzentration von gewachsenen sozial und

ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen festzustellen ist. Dies beruht auf vielfältigen komplexen gesellschaftlichen Prozessen. Fraglos erfährt der Prozeß des strukturellen Wandels in diesen Problem-Vierteln seine Zuspitzung.

Hinzu kommt, daß das Land Bremen aufgrund seiner Haushalts-Krise im Rahmen des Länder-Finanz-Ausgleichs vom Bund teilschuldet wird und von außen den Auflagen äußerster Sanierungs-Anstrengungen unterliegt. Es ist ein nachhaltiger Eigenbeitrag zum Sanierungs-Programm über eine äußerst restriktive Haushalts-Politik zu leisten. Daneben wird über ein zeitlich begrenztes Investitions-Sonderprogramm der Versuch unternommen, die Wirtschafts-Struktur-Schwäche, die in der Vergangenheit maßgeblich zur Überschuldung beitrug, erfolgreich zu überwinden.

In diesem Prozeß äußerster Sanierungs-Anstrengungen zur Beseitigung der Struktur-Schwäche ist es für Ziel-2-Regionen wie Bremerhaven und Bremen-Stadt besonders schwierig, dem sozio-ökonomischen Gefälle in bestimmten Vierteln und einer ungleichgewichtigen Entwicklung von Orts- und Stadtteilen ausreichend entgegen zu wirken und wachsender sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung adäquat zu begegnen. **Insofern bietet die EU-Gemeinschafts-Initiative URBAN die große Chance, daß im Land Bremen die Schwierigkeiten städtischer Problem-Viertel weit stärker eine Berücksichtigung und Akzentuierung erfahren, als dies ohne die Unterstützung aus den EU-Struktur-Fonds aus eigener finanzieller Kraft auf Landesebene aktuell möglich wäre.** Insbesondere durch die Verknüpfung von wirtschaftlichen Entwicklungs-Projekten und Maßnahmen der Arbeitsmarkt-Förderung kann ein Beitrag zur Stabilisierung des städtischen Gefüges geleistet und das soziale Klima in den benachteiligten Stadtteilen verbessert werden.

3. Entwicklung von Sozialindikatoren für bremische Ortsteile (Benachteiligungsindex)

3.1 Methodik und Ergebnisse

Zur Kennzeichnung benachteiligter Ortsteile wurde für Bremen-Stadt ein Ortsteilindex (Benachteiligungsindex) entwickelt. Grundlage des Indexes sind Daten der Volkszählung, der Gebäude- und Wohnungs- sowie der Arbeitsstättenzählung, Schülerdaten und verschiedene Einzelstatistiken des Statistischen Landesamtes. Diese nach der Volkszählung von 1987 aktualisierten Statistiken beruhen auf Erhebungen der Jahre 1987 bis 1993 und ergeben ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Situation in den bremischen Ortsteilen.

In diesem Ortsteilindex³ wurden für jeden Ortsteil die 27 Datenfelder der Kategorie "wirtschaftliche und soziale Situation" gleichgewichtet verarbeitet. Auf diese Art konnten die Ortsteile in eine Rangfolge gebracht werden; Rang 1 bedeutet eine besonders hohe Benachteiligung, Rang 79 bedeutet eine besonders bevorzugte Situation. Die 10 kleinsten Ortsteile wurden dabei nicht berücksichtigt.

Bei den 27 Einzeldaten handelt es sich um folgende Kennzahlen:

◆ Anteil der Hauptschüler an den 13- <16-jährigen	◆ Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung
◆ Anteil der Realschüler an den 13- <17-jährigen	◆ Anteil der Einpersonenhaushalte an den Haushalten
◆ Anteil der Sek.I-Schüler an den 13- <17-jährigen	◆ Fortzüge pro 1.000 Einwohner
◆ Anteil der Sek.II-Schüler an den 17- <20-jährigen	◆ Anteil der Ausländer an den Einwohnern <18 Jahre
◆ Anteil der Bevölkerung mit Hauptschulabschluß	◆ Anteil der Sonderschüler an den 7 - <16-jährigen
◆ Anteil der Bevölkerung mit Hochschulreife	◆ Jugendgerichtshilfefälle pro 1.000 14 - <21-jährige
◆ Anteil der Beamten/Angestellten an den Erwerbstätigen	◆ Räume pro 100 Personen
◆ Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen	◆ Personen pro 100 Wohnungen
◆ Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen	◆ Wohnfläche in qm pro Person
◆ Zahl der Sozialhilfeempfänger pro 1.000 Einwohner	◆ Baualtersindex
◆ Zahl der Wohngeldempfänger pro 1.000 Wohnungen	◆ Anteil der 1-Personenhaushalte
◆ Jugendliche 12- <18 pro 1.000 Haushalte	◆ Anteil der Wohnungen mit Bad, WC, Sammelheizung
◆ Zahl der >65-jährigen pro 100	◆ Anteil der Eigentumswohnungen.
◆ Zahl der Männer >=65 pro 100 Frauen >=65	

Lebenslagen der Bevölkerung stellen sich regional und lokal sehr different dar. Sie sind das Ergebnis sehr komplexer gesellschaftlicher Prozesse. Eine umfassende Beschreibung von Lebenslagen - und damit auch von Problemlagen von Bevölkerungs-

³ Folgende Datenquellen sind dabei herangezogen worden:

- | | |
|------------------------------------|---|
| ◆ Volkszählung 1987 | ◆ Gebäude- und Wohnungszählung 1987 |
| ◆ Schülerdaten SfBWK Januar 1993 | ◆ Einwohnermeldedaten per 1.1.93 |
| ◆ Bundesstatistik Sozialhilfe 1988 | ◆ Einzelstatistiken des Statistischen Landesamtes |
| ◆ Wohngelddatei 1989 | |

gruppen - ist allein anhand von statistischen Daten nicht möglich. Sehr wohl können aber mit geeigneten, ausgewählten Daten, den sogenannten Indikatoren, zielgerichtet Antworten zu bestimmten Fragestellungen oder Themen gegeben werden. Die Indikatoren haben Hinweischarakter. Jeder einzelne Indikator für sich genommen hat nur eine begrenzte Aussagefähigkeit, dennoch ist seine spezielle Ausprägung durch Lebenslagen und gesellschaftliche Prozesse bestimmt. Deshalb sind die räumlich differnten Merkmalsausprägungen nicht nur Momentaufnahmen, sondern spiegeln auch das Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse wider. Trotzdem gilt: Indikatoren beschreiben nicht die Probleme selbst. Sie sind lediglich Hinweise darauf, wo soziale Probleme wahrscheinlich sind, wo sich bestimmte Merkmale häufen. Es ist auch zu berücksichtigen, welche Merkmale zu einem hohen Rangplatz (Benachteiligung) geführt haben. Zu einer tiefergehenden Analyse der Problemlagen eines Ortsteils sind daher weitere ergänzende Informationen und Beschreibungen erforderlich.

Zentrale Bedeutung für die Beschreibung von Lebenslagen haben die Begriffe "Bildung", "Einkommen" und "Wohnsituation". Da diese Begriffe nicht direkt meßbar sind, wurden geeignete Indikatoren ausgewählt, die die jeweils komplexen Begriffe aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten. Diese Kennziffern für die einzelnen Ortsteile können zu inhaltlich zusammenhängenden Gruppen gebündelt werden. Zu den Stichworten "Bildungsbeteiligung", "Erwerbs- und Einkommensverhältnisse", "Entmischung und Konfliktpotential" und "Wohnungsversorgung" werden aus den vorhandenen Daten die zur Beschreibung geeignetsten zusammengefaßt (siehe beistehenden Kasten).

Da die einzelnen Kennziffern nicht unmittelbar vergleichbar sind, müssen sie in einem mathematisch-statistischen Verfahren in eine standardisierte Form gebracht werden. Mit diesem Verfahren können die Werte unterschiedlicher Kennziffern verglichen und durch geeignete statistische Verfahren vergleichbar gemacht werden. Ergebnis dieses statistischen Verfahrens ist, daß Ortsteile, die auf dem städtischen Durchschnitt liegen, den Wert 0 aufweisen; positive Werte besagen, daß der Ortsteil über dem Durchschnitt liegt, negative Werte sagen aus, daß der Ortsteil unter dem städtischen Durchschnitt liegt.

Aus der Gesamtheit aller standardisierten Kennziffern ergibt sich ein allgemeiner Benachteiligungsindex. Dieser Index hat eine Spannbreite von -103.6 (Rang 1) bis 109.0 (Rang 79).

Als die gemäß diesem Index benachteiligten Ortsteile der Stadt Bremen liegen auf Rang 1 bis 10 die Ortsteile:

- | | | |
|-----------------|--------------------|---------------|
| 1. Tenever | 5. Lindenhof | 9. Hemelingen |
| 2. Ohlenhof | 6. Lüssum-Bockhorn | 10. Grohn |
| 3. Blockdiek | 7. Gröpelingen | |
| 4. Oslebshausen | 8. Kattenturm | |

Kennziffern zur Beschreibung von Lebenslagen

Bildungsbeteiligung:

- Anteil der Hauptschüler
- + Anteil der Realschüler
- + Anteil der Sek. I-Schüler
- + Anteil der Sek. II-Schüler
- Anteil der Sonderschüler
- Bevölkerungsanteil mit Volksschulabschluß
- + Bevölkerungsanteil mit Hochschulreife

Erwerbs- und Einkommensverhältnisse

- + Anteil Beamter/Angestellter
- Anteil Arbeiter
- + Anteil Selbständiger
- Anteil Erwerbsloser
- Empfänger von Sozialhilfe
- Empfänger von Wohngeld
- + Anteil Eigentumswohnungen

Entmischung und Konfliktpotential

- Zahl der ab 65-jährigen pro 100
- + Zahl der Männer pro 100 Frauen ab 65 Jahre
- Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung
- Fortzüge pro 1.000 Einwohner
- Anteil der 1-Personenhaushalte
- Anteil der Ausländer unter 18 Jahre
- Anzahl der Jugendlichen 12 - <18 Jahre pro 1.000 Haushalte
- Jugendgerichtshilfefälle pro 1.000 Jugendlichen 14 - <21 Jahre

Wohnungsversorgung

- + Baualtersindex
- + Räume pro 100 Personen
- Personen pro 100 Wohnungen
- + Wohnfläche pro Person
- + Anteil der Wohnungen mit Bad, WC, Sammelheizung.

Das Vorzeichen gibt jeweils an, ob der Indikator negativ oder positiv in die Bewertung des Ortsteils eingeht.

Für die auf der Grundlage der Sozialindikatoren ermittelten benachteiligten Ortsteile ist eine weitergehende Beschreibung der Problemlagen erforderlich, um zu einer stärkeren Differenzierung und Auswahl der Gebiete zu kommen. Dabei sind unterschiedliche räumliche Dimensionen von Problemgebieten zu beachten.

Der hohe Rang der Ortsteile Tenever und Blockdiek im Benachteiligungsindex (Rang 1 und Rang 3) ist damit zu erklären, daß in beiden Ortsteilen jeweils eine Großsiedlung des Sozialen Wohnungsbaus der 70er Jahre liegt und eine Konzentration von sozial und ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen in diesem verdichteten Geschoßwohnungsbau mit Punkthochhäusern in Stadtrandlage festzustellen ist. Die Ortsteile Tenever und Blockdiek grenzen aneinander und bilden zusammen mit den Ortsteilen Ellener Feld, Ellenerbrok-Schevemoor und Osterholz den Stadtteil Osterholz an der östlichen Landesgrenze zu Niedersachsen.

Tenever und Blockdiek vergleichbar sind die Ortsteile Lüssum-Bockhorn, Kattenturm, Grohn (Bremen) und Grünhöfe (Bremerhaven) durch ihre zusammenhängenden Neubaugebiete aus den 60er bzw. 70er Jahren; auch diese Ortsteile befinden sich in Stadtrandlage. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den Ortsteilen Ohlenhof, Lindenhof, Oslebshausen und Gröpelingen um gewachsene Quartiere in Hafennähe, bestimmt durch eine Nutzungsstruktur, die Wohnen, Arbeiten und Erholung miteinander verbindet. Diese Ortsteile sind gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Altbaubeständen (Lindenhof), eine Mischbebauung mit Wohnquartieren aus den 50er und 60er Jahren (Gröpelingen, Oslebshausen) und einen Geschoßwohnungsbau aus den 20er und 30er Jahren (Ohlenhof, Oslebshausen). Neben unauffälligen Quartieren finden sich Straßenzüge oder kleine Wohnquartiere (z.B. Schlichtbaugebiete), die als benachteiligt bezeichnet werden müssen. Von den fünf Ortsteilen des Stadtteils Gröpelingen gehören vier - Lindenhof, Gröpelingen, Ohlenhof und Oslebshausen - zu den benachteiligten 10 Ortsteilen der Stadt Bremen.

Der Ortsteil Hemelingen ist von der städtebaulichen Struktur her eher unauffällig - mit Ausnahme von erheblichen Verkehrsproblemen und Umweltbelastungen, die durch Ansiedlung von Groß- und Gewerbebetrieben entstanden sind. Die Sozialindikatoren weisen aber auf erhebliche soziale Probleme hin.

Wie bereits bei der Beschreibung der Sozialindikatoren ausgeführt, kommt es in den hier beschriebenen Ortsteilen zu einer Kumulation verschiedener Probleme und zu Benachteiligungen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (z.B. Jugendliche, Arbeitslose, Alleinerziehende, ethnische Minderheiten, Ausländer) in unterschiedlichen Bereichen (z.B. Wohnungsmängel, schlechtes Wohnumfeld, nicht ausreichende Infrastruktur), die sich gegenseitig verstärken. In der Regel führen die ökonomischen Umstrukturierungsprozesse zu langanhaltender Arbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung von Bevölkerungsgruppen.

3.2 Problem-Lagen in benachteiligten Vierteln

Aus weiteren Unterlagen wie Einzelerhebungen zu bestimmten Fragestellungen, Stadtteil- und Sanierungskonzepten, Erfahrungsberichten des Amtes für Soziale Dienste u.a. lassen sich für alle hier aufgeführten benachteiligten Ortsteile in Bremen - unterschiedlich stark ausgeprägt jeweils nach den lokalen Gegebenheiten - zusammenfassend folgende Problemlagen grob skizzieren.

Ökonomische Probleme

Wie bereits erwähnt, ist die zentrale Ursache der ökonomischen Probleme in diesen Ortsteilen bzw. Wohngebieten die durch innerstädtische Segregation herausgebildete hohe Anzahl der Arbeitslosen - insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ohne ausreichende Perspektiven für eine berufliche Qualifizierung und den Eintritt in das Erwerbsleben. Das Problem der Arbeitslosigkeit bzw. der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen kann in der Regel nicht im Wohngebiet oder im Stadtteil gelöst werden, sondern die Lösung ist abhängig von der Entwicklung des gesamten regionalen oder gesamtstädtischen Arbeitsmarktes und dem Abbau der Zugangshürden zum Arbeitsmarkt.

Innerhalb der Wohngebiete sind einige Gruppen besonders von dieser Situation betroffen:

- ◆ **Jugendliche und junge Erwachsene**, häufig mit schlechten Schulabschlüssen, aber auch mit Qualifikationen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr ermöglichen. Wichtige Sozialisationserfahrungen fehlen; Fähigkeiten, die in dieser Lebensphase erworben werden sollten, können nicht ausgebildet werden. Die materielle Abhängigkeit vom Elternhaus oder von Transferleistungen erschwert die gewünschte - und angemessene - eigenständige Lebensführung.
- ◆ **Erwerbstätige, insbesondere ältere Arbeitnehmer und Frauen**, die in krisenbetroffenen Branchen tätig sind oder die durch nicht ausreichende Qualifikation von Arbeitslosigkeit bedroht sind ("First to hire first to fire").
- ◆ **Arbeitslose**, insbesondere Langzeitarbeitslose. Obwohl es auf Ortsteilebene kein genaues statistisches Material zur Struktur der Arbeitslosigkeit gibt, muß aus der hohen Erwerbslosenquote einerseits und der hohen Anzahl von Sozialhilfeempfängern andererseits auf Schwierigkeiten bei bestimmten Zielgruppen des Arbeitsmarktes und auf eine Verschärfung der Langzeitarbeitslosigkeit geschlossen werden.
- ◆ **Alleinerziehende und junge Familien mit Kindern**: Alleinerziehende müssen zu einem großen Anteil von einem Einkommen unterhalb der Sozialhilfegrenze oder an der Sozialhilfeschwelle leben (1987 bezogen in der Stadt Bremen 37 % aller alleinerziehenden Mütter oder Väter Sozialhilfe). Ähnlich benachteiligt sind junge Familien mit Kindern, die zu einem Zeitpunkt Erziehungsleistungen erbringen müssen, zu dem die beruflichen Erfahrungen gering sind und von niedrigen Einkommen erhebliche Anschaffungen gemacht werden müssen. Die Möglichkeiten für ältere alleinerziehende Frauen ohne berufliche Grundqualifikationen, nach Zeiten der Kindererziehung wieder bzw. in vielen Fällen zum ersten Mal eine Qualifikation zu erwerben oder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, sind sehr gering.
- ◆ **Minderheiten, auch ethnische Minderheiten**, insbesondere ausländische Jugendliche der zweiten bzw. dritten Generation mit nicht ausreichender Bildung oder beruflichen Qualifikationen, die nicht mehr nachgefragt werden. In ihrem Wohnumfeld stoßen diese Jugendlichen zunehmend auf soziale Ausgrenzung und negative Haltungen.

Soziale Probleme

Die sozialen Folgen der ökonomischen Probleme - fortschreitende Verarmung mit dem Verlust von Zukunftsperspektiven und soziale Ausgrenzung - sind vielfältig:

- ◆ **Gesundheitliche Probleme** stellen sich ein, die oft aus falschen Ernährungs- und Lebensgewohnheiten entstehen und auch für Kinder und Jugendliche negative Folgen haben können. Gesundheitliche Belastungen können auch die Wiedereingliederung in das Erwerbsleben verhindern oder erschweren.
- ◆ **Suchtprobleme**, die eng mit gesundheitlichen Problemen verknüpft sein können und überwiegend im Mißbrauch von Alkohol und Drogenabhängigkeit zu finden sind. Alarmierend ist dabei, daß süchtiges Verhalten (z.B. auch beim Rauchen) bei immer mehr Kindern festgestellt wird.
- ◆ **Schulische Probleme von Kindern**, die oft mit schwierigen familiären Situationen zu tun haben und auch mit beengten Wohnverhältnissen, insbesondere bei den Großfamilien, bei Ausländern, Asylbewerbern, aber auch bei deutschen Aussiedlern und Übersiedlern. Die Probleme sind u.a. in unregelmäßigem Schulbesuch zu sehen und in vorzeitigem Verlassen der Schule ohne Hauptschulabschluß; die Chancen für den Übergang in Ausbildung und Beruf verschlechtern sich dadurch erheblich.
- ◆ **Kriminalität**, die im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit als Beschaffungskriminalität anzusehen ist. Aber auch unabhängig davon ist eine steigende Tendenz bei Diebstahl und Einbrüchen festzustellen, die überwiegend von Jugendlichen und Kindern begangen werden. Hier werden offensichtlich veränderte Wertvorstellungen entwickelt, die ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse - und bei der fehlenden Möglichkeit, den eigenen Lebensstandard materiell abzusichern - Zugang zu Konsum verschaffen und zu sozialem Status und Anerkennung in der Bezugsgruppe führen sollen. Das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit und Bedrohung der Bewohner nimmt in diesen Wohngebieten zu und verstärkt das Bedürfnis nach radikalen Ordnungsmaßnahmen und mehr Sicherheit. Auch das in der Regel schlechte öffentliche Image dieser Wohngebiete kann zu einer Verschärfung des allgemein feststellbaren Klimas der Resignation und zunehmender Aggressivität der Bewohner untereinander beitragen.

- ◆ **Zerstörung im Wohnumfeld** und an den Gebäuden ist in allen Gebieten festzustellen und ist ebenfalls Ausdruck von Unzufriedenheit mit der Wohn- und Alltagssituation und führt - z.B. in Hochhäusern - auch immer wieder zu Konflikten unter den Bewohnern. Auch die Verschmutzung (z.B. in Treppenhäusern, bei Müll und Abfall) trägt zu einem Gesamtbild bei, das den Vorstellungen vieler Bewohner von ihrer Wohnumgebung nicht entspricht.

- ◆ **Konflikte unter Bewohnern und geringe Interessenvertretung der Bewohner:** Auf die negativen Seiten des Wohngebietes reagieren die Bewohner unterschiedlich. Die in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus lebenden klassischen Bewohner von Sozialwohnungen - Arbeiter, Facharbeiter, kleine und mittlere Angestellte - reagieren eher ablehnend auf die Probleme und Konflikte mit Nachbarn. Sie streben u.U. an, ein Wohngebiet zu verlassen, das von Defiziten im Wohnumfeld, einem zunehmend schlechter werdenden Image und von einem Zuzug von "ungeliebten" und nicht akzeptierten Nachbarn gekennzeichnet ist, mit denen im Alltag ständig Konflikte auftreten. Gerade diese Gruppen verfügen aber oft über soziale Kompetenzen und Artikulationsfähigkeit und sind ggf. auch bereit, sich für Verbesserungen einzusetzen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

Insbesondere in den Neubaugebieten finden die Bewohner Lebens- und Wohnbedingungen vor, die in der Regel für den vollbeschäftigten, mobilen und konsumorientierten Arbeitnehmer geplant wurden. Die Realität von Familien mit geringem Einkommen, ohne Auto in Stadtrandgebieten und mit weiteren individuellen Problemen trifft auf eine Bau- und Organisationsstruktur der Wohnquartiere, die darauf keine Rücksicht nimmt. Der individuelle und familiäre Handlungsrahmen verengt sich immer mehr auf die eigene Wohnung und verstärkt damit Tendenzen der sozialen Isolation. Die Kontaktaufnahme mit Nachbarn und die Vertretung von gemeinsamen Interessen gegenüber den Eigentümern und Wohnungsverwaltungen ist aufgrund von unterschiedlichen Zielvorstellungen und von bestehenden nachbarschaftlichen Konflikten oft schwierig und wird eher nicht versucht. Daraus entsteht leicht eine negative Identifikation mit dem Wohngebiet und u.U. der Wunsch nach Umzug und Weggehen. Für viele der Bewohner ist diese Handlungsalternative aber nicht gegeben, und es kann sich eine negative Dynamik entwickeln, mit der Bewohner auf die Situation reagieren und die zu Resignation und Anpassung an negativ und störend empfundene Wohn- und Alltagsverhältnisse führt.

Mängel im Wohnungsbau und im Wohnumfeld

Neben zum Teil vorhandenen Mängeln im Wohnungsbestand (z.B. fehlende Fassadendämmung, nicht durchgeführte Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an einzelnen Gebäuden oder Wohnblocks usw.) und bei schlechter Ausstattung und veralteten Standards bei dem älteren Wohnungsbestand muß auch von Mängeln im Wohnumfeld ausgegangen werden. Das Wohnumfeld - in den Neubaugebieten in der Regel mit größeren Freifläche im Geschößwohnungsbau - bietet oft keine Aneignungs- oder Nutzungsmöglichkeiten für Bewohner, ist anregungsarm - gerade auch für Kinder - und monoton und langweilig. Die Freiflächen sind, insbesondere in den Altbaugebieten, nicht ausreichend oder so gestaltet, daß eine Nutzung durch Bewohner eher verhindert wird. Auch unter dem Gesichtspunkt von Sicherheit sind Auslichtungsmaßnahmen und Beleuchtung von Flächen und Wegen zunehmend erwünscht.

Städtebauliche Defizite, Infrastruktur

In einigen Wohngebieten sind die ursprünglichen Planungen zu korrigieren oder durch Entwicklung von neuen Verkehrskonzepten zur Entlastung von störendem Individual- und Schwerverkehr zu verbessern. In Verbindung mit Wohnungsneubau wird versucht, städtebauliche Defizite auszugleichen.

Die Entwicklung der vorhandenen Einkaufszentren in den Wohngebieten ist - bis auf wenige Ausnahmen - negativ und trägt zur Verschlechterung der Einzelhandelsangebote für die Nahversorgung und zum Verlust von Arbeitsplätzen bei.

Auch die soziale Infrastruktur ist in einigen Gebieten nicht ausreichend. Insbesondere für den Stadtteil Gröpelingen wäre eine direkte Anbindung der verschiedenen Dienstleistungsangebote des Amtes für Soziale Dienste, gegebenenfalls verknüpft mit stadtteilbezogenen oder stadtteilübergreifenden Dienstleistungen anderer Ämter, wünschenswert. Bei der Kindergarten- und Hortversorgung bestehen Defizite im Vorschulbereich bei einer angestrebten Versorgungsquote von 90 Prozent der Kinder im Alter von 3 - 6 Jahren. Der wohnortnahe Kindergarten ist insbesondere für die ausländischen Kinder ein wichtiges Angebot zur Förderung und Unterstützung einer sozialen Integration der Kinder und ihrer Familien.

In einer Reihe von Ortsteilen fehlen attraktive, lokale Angebote und Aktivitäten für junge Jugendliche und Heranwachsende, die aufgrund ihrer Sozialisationsphase und

ihrer spezifischen Bedürfnisse nicht in vorhandene größere Einrichtungen wie Jugendfreizeitheime oder Bürgerhäuser gehen; dies gilt auch für ausländische Jugendliche.

3.3 Auswahl der zu fördernden Ortsteile in Bremen-Stadt

Aus den 10 gemäß den Indikatoren am meisten benachteiligten Ortsteilen in Bremen-Stadt sind drei ausgewählt worden. Kriterien dieser Auswahl waren:

- ◆ eine Mindestzahl von 5.000 Einwohnern;
- ◆ abgrenzbare Gebiete, die durch städtebauliche Planung oder andere Abgrenzungsmerkmale als eigenständige und definierbare Gebiets-Einheiten anzusehen sind;
- ◆ ein zusammenhängendes Gebiet, d.h. keine verstreuten Ortsteile;
- ◆ vorhandene Kooperations-Strukturen/projekt-bezogene Organisations- und Arbeitsformen;
- ◆ Unterstützung der kommunalen Entscheidungsträger und Beteiligung am Umsetzungsprozeß.

Da der Ortsteil Tenever mit dem EU-Pilot-Projekt "Nachbesserungskonzept Osterholz-Tenever - Regionale Entwicklungsagentur Tenever (REAG)" auf der Grundlage von Art. 10 der EFRE-Verordnung bereits an den Strukturfonds partizipiert hat, müssen dort (wie auch im angrenzenden Ortsteil Blockdiek) zukünftig Landesprogramme und Eigenanstrengungen an die Pilot-Projekte anknüpfen und Kontinuität herstellen.

Von den zehn am stärksten benachteiligten Ortsteilen der Stadt Bremen liegen drei im Stadtteil Gröpelingen, die zum Sanierungsgebiet der Stadt Bremen gehören. Es handelt sich um Ohlenhof (Rang 2), Lindenhof (Rang 5) und um den Ortsteil Gröpelingen (Rang 7) im Stadtteil mit derselben Bezeichnung. Es handelt sich um ein zusammenhängendes Gebiet aus den "worst 10" mit 26.672 Einwohnern und einem gemeinsamen Problem-Hintergrund.

Im Sinne der räumlichen Konzentration der Anwendungs-Gebiete und Fördermittel werden die genannten drei Stadtteile in Bremen für URBAN ausgewählt. Sie grenzen direkt an das AG-Weser-Gelände, welches die Entwicklung - Blüte wie Niedergang in

Folge von industriellem Strukturwandel - des Stadtteils Gröpelingen grundlegend geprägt hat.

4. Der Aktions-Raum Gröpelingen des bremischen URBAN-Programms

4.1 Historische Entwicklung

Die Weserkorrektur 1886 - 93 und der anschließende Bau der Häfen machten das Dorf Gröpelingen mit seinem landwirtschaftlichen Umfeld zu einem industriellen Siedlungsbereich. Die Werft AG-Weser beschäftigte im Jahre 1906 bereits 3.500 Arbeitnehmer, deren Zahl in einigen Jahren auf über 10.000 wuchs. Weitere hafengebundene Industrien siedelten sich an. Der Bau der Werftstraße zwischen Siedlungsgebiet und Industrie ergänzte die Gröpelinger Heerstraße und die verbindende Lindenhofstraße zu der noch heute für den Stadtteil gültigen Erschließungsstruktur.

Der große Bedarf an Arbeitskräften und der damit einhergehende hohe Bedarf an arbeitsplatznahe Wohnraum führte zu einer schnellen Bebauung der bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen in Gröpelingen. Zwischen 1900 und 1939 stieg die Einwohnerzahl Gröpelingens (ohne Oslebshausen) von 2.730 auf 25.500 und damit fast auf das Zehnfache. 1939 war die Siedlungsstruktur erreicht, die im wesentlichen bis heute Bestand hat.

Ende der vierziger Jahre bis in die sechziger Jahre entstand im großen Umfang Geschosswohnungsbau nordöstlich der Gröpelinger Heerstraße. Die Einwohnerzahl erhöhte sich bis Ende der fünfziger Jahre auf ca. 37.000. Die Lindenhofstraße wurde zur Hauptverbindungsachse zwischen den Wohngebieten und den Werft- und Industriegebieten am Wasser.

Die Strukturveränderungen in den siebziger und achtziger Jahren ergaben einen einschneidenden Verlust an Arbeitsplätzen in den Häfen. Die Zahl der Beschäftigten sank zwischen 1970 und 1987 von 34.457 auf 21.456. Die Schließung der Werft AG-Weser schließlich - der industriellen Keimzelle Gröpelingens - war gleichzeitig das für alle sichtbare Ende von 80 Jahren Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den von Hafenindustrien abhängigen Stadtteilen des Bremer Westens - insbesondere Gröpelingens - verlor der

Zentralbereich - insbesondere die Lindenhofstraße - in ihrer Aufgabe als Einkaufs- und Versorgungsbereich für den Stadtteil immer mehr an Bedeutung. Das Image des Wohnstandortes Gröpelingen ist in den vergangenen zehn Jahren ständig gesunken.

4.2 Wohnbevölkerung

Die Wohnbevölkerung Gröpelingens (ohne Oslebshausen) zählte 1987 25.878 Personen. Damit hat sich ihre Zahl gegenüber dem Höchststand des Jahres 1960 (36.537) um fast ein Drittel verringert. 1960 war der Wendepunkt eines seit Beginn der Industrialisierung und dem Ausbau der Häfen um 1900 stetig ansteigenden Bevölkerungswachstums.

In den folgenden Jahren nahm die Bevölkerung ständig ab. Als 1970 die Bevölkerungszahl der Stadt Bremen ihren Höchststand erreichte, war die Einwohnerzahl in Gröpelingen bereits um 8 Prozent gesunken.

Die Bevölkerungsabnahme zwischen den beiden Volkszählungen 1970 und 1987 betrug im Stadtteil Gröpelingen (ohne Oslebshausen) 18 Prozent gegenüber 8 Prozent in der Stadtgemeinde Bremen. Der Ortsteil Lindenhof hielt sich dagegen im selben Zeitraum nahezu im städtischen Mittel. Ein Grund hierfür könnte der starke Zuzug von Ausländern sein, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung sich seit 1970 fast verdreifacht hat.

4.3 Die wirtschaftliche Situation

Im gewerblichen Bereich wurde die Situation im Stadtteil, insbesondere in den Ortsteilen Lindenhof und Gröpelingen, durch die Schließung der AG Weser 1983 und ihre Folgen negativ beeinflusst. Die Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit im Stadtteil war zwar geringer als zunächst angenommen, hatte durch das Fehlen der Einpendler jedoch sehr ungünstige Auswirkungen auf den Einzelhandel mit seinen lokalen Arbeitsplätzen in den Ortsteilen Lindenhof und Gröpelingen.

Ein Vergleich der bei den Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 vom Statistischen Landesamt ermittelten Daten ergibt eine Abnahme der Arbeitsstätten im Ortsteil Lindenhof um 28,1 Prozent (Stadt Bremen 3,6 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm um 34,7 Prozent (Stadt Bremen 7,7 Prozent) ab.

Unter den lokalen Einzelhändlern und anderen Unternehmern vor Ort herrscht eine pessimistische Grundstimmung. Man hat in den letzten Jahren damit begonnen, sich räumlich umzuorientieren. Sogar alteingesessene Gröpelinger Familienbetriebe wandern ab bzw. schließen ihre Geschäfte. Das hat zur Folge, daß Angebotsvielfalt und Qualität unter das Niveau vergleichbarer Nebenzentren gesunken sind. Der Einkaufsbereich wird immer unattraktiver. Kaufkraftabwanderungen, verursacht durch den Konkurrenzdruck von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen in Bremen und im unmittelbaren Umland, sind in Gröpelingen offenbar noch schlechter zu kompensieren als in anderen historisch gewachsenen Nebenzentren in den alten Stadtteilen.

4.4 Stadtmodelle

Zur Verbesserung der Schwächen in den Gröpelinger Ortsteilen galten die ersten konzeptionellen Überlegungen der Entwicklung eines tragfähigen Stadtmodells, um einen Rahmen für die Einordnung einzelner Maßnahmen zur Behebung der städtebaulichen Mißstände zu erhalten.

Die Bremische Gesellschaft stellte im November 1989 zwei grundsätzlich verschiedene Stadtmodelle zur Diskussion: das lineare Modell und das polare Modell.

Lineares Zentrumsmodell

Dem linearen Modell liegt die Annahme zugrunde, daß der Zentralbereich Gröpelingens sich in Zukunft auf die Gröpelinger Heerstraße und die benachbarten Bereiche beschränkt.

Durch Sanierungsmaßnahmen lassen sich die dort festgestellten städtebaulichen Probleme beseitigen und die Qualitäten des Zentralbereichs in der beschriebenen Ausdehnung erheblich steigern. Die Lindenhofstraße kann bis zur grünen Dockstraße durch die Nähe zum Kreuzungsbereich Gröpelinger Herrstraße / Beim Ohlenhof / Lindenhofstraße in die positive Entwicklung eingebunden werden.

Der südwestlich gelegene Teil der Lindenhofstraße zwischen grüner Dockstraße und Hafenrandstraße ist als Teil des zentralen Bereichs nicht mehr entwicklungsfähig. Die derzeit schon ausgedünnte Einzelhandels- und Dienstleistungsstruktur kann sich hier nicht behaupten.

Die in diesem Quartier zur Verfügung stehenden oder später freiwerdenden Flächen können nur noch für Wohnungsbau genutzt werden. Der Stadtteil endet vor dem "grünen Hügel" an der Hafenrandstraße. Die ursprüngliche Ausrichtung der Stadtteils zum Hafensbereich und zur Weser ist damit endgültig Vergangenheit.

Polares Zentrumsmodell

Grundlage des polaren Modells ist die Revitalisierung des Stadtteilzentrums in seiner gewachsenen Struktur zwischen Industrie- und Wohngebieten mit der Lindenhofstraße als zentraler Verbindung. Wesentlichster Bestandteil des Modells ist die Schaffung eines attraktiven und anziehungskräftigen Pols im Südwesten des Lindenhofviertels in der Gegend des "alten Dorfes".

Die großflächigen Brachen zwischen den ehemaligen Verwaltungsgebäuden der AG-Weser und den Resten des südlichen Lindenhofviertels bieten noch - fast - alle städtebaulichen Möglichkeiten für den Neubau von intensiv genutzten Arbeitsstätten, von Verwaltung und Technik. Publikumswirksame Einrichtungen aus dem Bereich High-Tech markieren an Stelle der grünen Hügel den "Stadteingang" zum südlichen Lindenhofviertel als auch zum hochwertigen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen AG-Weser-Gelände. Der Zugang zum Wasser für die Bevölkerung Gröpelingens wird - eingebettet in die zuvor aufgezählten Rahmenbedingungen - wieder sinnvoll und möglich.

Der nördliche Pol, der Einkaufs- und Versorgungsbereich an der Gröpelinger Heerstraße, bleibt und wird in seiner Qualität verbessert.

Die Lindenhofstraße verbindet die beiden genannten Pole und wird in voller Länge aufgewertet und umgestaltet.

Durch die unterschiedliche Struktur und Aufgabe der Pole ist garantiert, daß hier nicht zwei miteinander konkurrierende Bereiche innerhalb eines Zentrums entstehen. Beide Pole verbinden sich vielmehr zu einem lebensfähigen Stadtteilzentrum.

Das neue "alte Dorf" im Lindenhofviertel kann - wie das Fährquartier in Vegesack - durch die hervorragende verkehrliche Anbindung an die Hafенrandstraße, den öffentlichen Nahverkehr und durch die Nähe der Arbeitsplätze im Hafенbereich, Anziehungskraft weit über das Viertel hinaus gewinnen.

Die beiden städtebaulichen Entwicklungsmodelle wurden in zahlreichen Gesprächen mit politischen Gremien, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dem Amt für Wohnung und Städtebauförderung und vor allem mit Einwohnern und Gewerbetreibenden erörtert. Nach übereinstimmender Meinung aller Beteiligten stellt das polare Modell die eindeutig bessere und für den Stadtteil zukunftsweisende Alternative dar:

- ◆ Die städtebauliche Entwicklung des südwestlichen Lindenhofviertels, das "alte Dorf", wird in die positive Gesamtentwicklung eingebunden.
- ◆ Die Trennung von Hafen und Ortsteil wird aufgehoben. Intensiv genutzte Neubauten mit attraktiven Inhalten verknüpfen das hochwertige Gewerbegebiet am Wasser mit dem Wohngebiet.
- ◆ Ein städtebaulicher Schwerpunkt markiert sowohl den "Eingang" zum Stadtteilzentrum Gröpelingen als auch zum zukünftig arbeitsplatzintensiv genutzten "AG Weser-Gelände".
- ◆ Die Lindenhofstraße entwickelt sich zu einer weitgehend verkehrsfreien und attraktiven Einkaufsstraße.
- ◆ Gröpelingen verschwindet nicht mehr hinter grünen Hügeln, sondern erhält einen einprägsamen "Stadteingang" zum Hafensbereich und zum vorbeifließenden überörtlichen Verkehr.
- ◆ Der südwestliche Pol wird zu einem begreifbaren städtebaulichen Schwerpunkt mit hohem Erinnerungswert und überörtlicher Anziehungskraft.

5. Strategie

Die sozio-ökonomische Analyse der Gesamt-Situation im Land Bremen sowie insbesondere in einzelnen Stadtteilen hat - wie in der dazu notwendigen Ausführlichkeit dargelegt - eine Vorstellung davon zu vermitteln versucht, in welcher Problem-Lage und -Verfaßtheit sich einzelne Stadt-Viertel befinden. Diese Analyse ist konstitutiv - damit auch zugleich handlungsanleitend - für Strategien zur Veränderung der beschriebenen Gegebenheiten.

Die Strategie für eine positive Veränderung in den beschriebenen Vierteln im Lande Bremen ist dabei bestimmt durch folgende Elemente:

- ◆ Eine umfassende Bestandsaufnahme und ein ausreichendes Verständnis für Ursachen und Genese der Stadtteil-Entwicklung wird als voraussetzend für adäquate und erfolgsversprechende Aktivitäten verstanden.
- ◆ Diese Aktivitäten, wie sie durch die Gemeinschafts-Initiative URBAN finanziell unterstützt und verstärkt werden sollen, müssen sich nahtlos einfügen in die ökonomischen und sozialen Aktivitäten, wie sie insgesamt auf Landes-Ebene verfolgt werden.
- ◆ Die bremischen URBAN-Aktivitäten müssen darüber hinaus ein integrativer Bestandteil der Strategie sein, ökonomischen Strukturwandel in einer altindustriellen Region zu meistern und zukunftsweisende Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsmarkt-Situation und der wirtschaftlichen Stabilität einer Regional-Ökonomie nachhaltig zu fundieren.

Darüber hinaus ist anzustreben,

- ◆ die bisherigen Erfahrungen, wie sie im Rahmen des bremischen REAG-Projektes (unterstützt aus den Europäischen Strukturfonds nach Art. 10 der EFRE-Verordnung) gewonnen werden konnten, umfassend zu verwerten und in zukünftige Projekte einfließen zu lassen. Diese Erfahrungen beziehen sich beispielsweise auf den innovativen Ansatz des Projekts, Probleme der gesellschaftlichen Ausgrenzung durch unmittelbare Reintegration in den Arbeitsmarkt (Qualifizierung, Beschäftigung, Vermittlung) anzustreben und diese Aktivitäten gezielt mit Aktionen zur Unterstützung und wirtschaftlichen Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben

einer Region zu verknüpfen. Entsprechende Vernetzungsstrukturen zur Übertragung und Weiterentwicklung dieser Erfahrungen sind im Land Bremen bereits vorhanden;

- ◆ vorhandene interregionale Ansätze der Vernetzung - wie z.B. im EU-Städte-Austauschprogramm "Quartiers en Crise" - zu nutzen und zu verstärken sowie weitere Vernetzungs- und Kooperations-Aktivitäten wahrzunehmen und auszubauen. In diesem Zusammenhang wird das Land Bremen auch in den Vernetzungs-Aktivitäten aktiv mitarbeiten, wie sie vom Deutschen Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) zu initiieren angestrebt werden;
- ◆ zusätzliche Impulse zur Intensivierung des Erfahrungs-Austausches zu geben und insbesondere bestehende Institutionen und Agenturen auf Landesebene untereinander zu vernetzen - dergestalt, daß regionale und interregionale Netzwerke mehr als zuvor miteinander verzahnt werden. Ansätze eines vorhandenen PPP (Public Private Partnership) auf lokaler Ebene sollen weiter intensiviert werden;
- ◆ unter diesem Gesichtspunkt Workshops in Kooperation und in einem Gesamtkonzept mit anderen URBAN-Regionen durchzuführen und effizient zu gestalten.

Ferner ist beabsichtigt,

- ◆ die bestehenden städtischen Teil-Projekte auf Landesebene zur Erzielung synergetischer Effekte sinnvoll zu koordinieren und die wechselseitigen Integrations-Bezüge nicht nur administrativ zu berücksichtigen, sondern auch bei den lokalen Akteuren bewußtseinsmäßig zu verankern. Sinnvolle Programm-Umsteuerungen gemäß den lokal artikulierten Bedürfnissen sind daher ein notwendiger strategischer Bestandteil;
- ◆ im Land Bremen verstärkt eine ressort-übergreifende Zusammenarbeit und Kultur zu entwickeln, um adäquate Lösungen von städtischen Problemen im Gesamtkontext von altindustriellem Strukturwandel erfolgreich zu begegnen.

Dazu soll die EU-Gemeinschafts-Initiative URBAN einen entscheidenden Beitrag liefern.

Dies soll erreicht werden, indem über vier Programm-Achsen hinweg sich gegenseitig ergänzende Projekte die Aktivitäten begründen. Im einzelnen wird dies im nächsten Kapitel ausgeführt.

Darüber hinaus wird, abgeleitet aus diesen übergeordneten Zielsetzungen, zur Zeit überlegt, in Ergänzung zu den im folgenden beschriebenen Projekten und Maßnahmen mit Demonstrations-Charakter einen experimentellen "Aktions-Rahmen in den URBAN-Ortsteilen" durchzuführen. Die Richtlinien des Programms URBAN gehen in besonderer Weise auf die Notwendigkeit ein, das soziale Klima in den benachteiligten Gebieten zu verbessern, Wege und Möglichkeiten zu finden, Zuversicht und Engagement zu verstärken und die verschiedenen Akteure auf lokaler und regionaler Ebene zu mobilisieren.

Für die Projektgebiete in Gröpelingen muß von einer Situation der teilweisen Resignation, der Enttäuschung über die Aktivitäten der kommunalen Verwaltung und eine Unzufriedenheit mit kommunalpolitischen Entscheidungen ausgegangen werden. Es hat sich so etwas wie eine "Nörgelkultur" entwickelt, die das soziale Klima mit prägt und nicht ermutigt, eigene Aktivitäten, z.B. in der Nachbarschaft, zu entwickeln. Die Eigeninitiative und Selbstorganisation der Bewohner ist, verglichen mit anderen Stadtteilen, gering und hat offensichtlich keinen sehr hohen Stellenwert. Die öffentliche Anerkennung für ein solches - nicht bezahltes - ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement für Aktionen und Projekte könnte dazu führen, daß mehr Zuversicht und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Durchsetzung eigener Interessen gesetzt werden kann. Eine veränderte "Kultur" der öffentlichen Diskussion in diesen Fragen kann nicht nur zu einer Verbesserung des sozialen Klimas, sondern auch zur Durchführung von konkreten Projekten und Maßnahmen beitragen - in Ergänzung zu den Vorhaben der anderen beteiligten Partner. Es wäre auch die Möglichkeit und Chance gegeben, daß sich die Gruppen an dieser Diskussion beteiligen, die die weitere Entwicklung der Gebiete zukünftig mit beeinflussen, nämlich die Schüler, Jugendlichen und Heranwachsenden, die über bestehende Angebote nicht unbedingt erreicht werden.

Es wird deshalb angedacht - mit entsprechender intensiver Öffentlichkeitsarbeit - einen experimentellen Aktions-Rahmen in Form einer öffentlichen Ausschreibung ("Wettbewerb") nach den Richtlinien des URBAN-Programms in den URBAN-Ortsteilen durchzuführen (siehe auch Beschreibung unter 6. Initiierende und begleitende Aktivitäten). Mit dieser Aktion soll versucht werden, die Eigenverantwortung, die Eigenleistung und das Engagement von Bewohnern zu fördern und eine öffentliche Anerkennung für solche Aktivitäten zu erreichen. Einzelpersonen, Gruppen und Organisatio-

nen könnten sich mit Aktivitäten um eine finanzielle Förderung bewerben, wenn sie Kriterien wie öffentliches Interesse, Beteiligung an der Durchführung / Eigenleistung (auch materieller Art), angemessene Kosten usw. erfüllen.

Die Auswahl und Entscheidung über einen finanziellen Zuschuß könnte von einer Jury oder einem Gremium getroffen werden, das sich aus unabhängigen Experten des Stadtteils (z.B. Unternehmer, Künstlern), aus Vertretern von Bewohnerorganisationen, des Stadtteilbeirates, und der Verwaltung zusammensetzt.

6. Aktivitäten

Durch die oben abgeleiteten strategischen Elemente fundiert, wird die Umgestaltung bremischer urbaner Gebiete nicht etwa durch singuläre Einzel-Aktivitäten, sondern durch ein kohärentes Bündel von sich gegenseitig ergänzenden Maßnahmen angestrebt, die zudem mit dem Gesamt-Ansatz städtischer Entwicklungs-Anstrengungen sowie darüber hinaus mit der gesamten regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Politik im Land Bremen verzahnt sind.

Bei den drei bremischen Ortsteilen (Sanierungsgebiet) in Gröpelingen handelt es sich um die Revitalisierung von städtischen Vierteln, deren Situation als direkte, unmittelbare Folgewirkung des strukturellen Niedergangs des benachbarten Hafen- und Schiffbau-Sektors in Bremen herleitbar ist.

Der integrative wie auch demonstrative Aspekt des vorliegenden bremischen URBAN-Programms findet seinen Niederschlag in einer Programm-Struktur, die vier Bereiche (sog. Programm-Schwerpunkte) miteinander in Beziehung setzt:

- ◆ Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten
- ◆ Städtbauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit
- ◆ Soziale und kulturelle Aktivitäten
- ◆ Qualifizierung

Um diese Programm-Schwerpunkte zu konkretisieren, werden folgende Maßnahmen-Bereiche abgegrenzt:

- ◆ Stärkung der zentralen Stadtteilbereiche
- ◆ Erhaltung des „alten Dorfes“
- ◆ Entwicklung stadtteilbezogener Dienstleistungen
- ◆ Förderung integrativer Lebens- und Arbeitsformen „vor Ort“.

Hinzu kommen initiiierende und begleitende Aktivitäten, die von Wettbewerbs-Aktivitäten über Workshops, Kooperationen und Vernetzungen bis hin zur Evaluierung und Öffentlichkeits-Arbeit reichen.

Das beistehende Schaubild gibt einen visuellen Überblick über die bremischen Aktivitätsschwerpunkte in Bremen-Stadt in den - auf Grundlage sozio-ökonomischer Analysen - ausgewählten städtischen Vierteln. Die zusätzlich aufgeführten Projekte haben Beispiel-Charakter. **Ihre Realisierung entspricht dem jetzigen Stand der Planung. Veränderungen - insbesondere aufgrund prozessualer Partizipation der lokalen Akteure - sind nicht nur möglich, sondern zugleich so wahrscheinlich wie erwünscht, um Lernprozesse und Einflußnahmen der Lokal- und Sozial-Partner praktisch werden zu lassen und lassen zu können.**

So verstanden haben wir es nachfolgend mit einer festen Programm-Struktur, jedoch nur beispielhaften Projekten zu tun, wie sie im Schaubild wiedergegeben werden. Entsprechend ist auch der Stellenwert der nachfolgenden Projekt-Beschreibungen zu sehen.

Für alle Maßnahmen-Bereiche ist der Durchführungs-Zeitplan auf die Laufzeit des Operationellen Programms von 1995-1999 angelegt.

Für die Maßnahmen-Bereiche der Entwicklungsachsen I-III ist die für die Durchführung verantwortliche Stelle der Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Für den Maßnahmen-Bereich der Entwicklungsachse IV ist verantwortliche Stelle der Senator für Arbeit und Frauen (s.a. Ausführungen unter Kap. 8.5).

Indikatoren für die Evaluierung

Allgemein sind die Aktivitäten einzelner Gemeinschafts-Initiativen nur sehr schwierig im Gesamt-Mix von Struktur-Politiken isoliert und abgrenzbar in ihren Wirkungen zu messen. Zudem sind in einer zeitgemäßen regionalen Struktur-Politik und bei Aktivierung eines modern ausgerichteten Förder-Instrumentariums, damit auch beim bremischen URBAN-Programm, die möglichen Wirkungs-Parameter und -Indikatoren zu einem nicht geringen Teil qualitativer Art. Auf dazu entsprechende analytische Ausführungen und Ableitungen und deren praktische Anwendungen wird hier auf die umfangreiche bremische Evaluierungs-Studie zum Ziel-2-Programm/Phase I (1989-92) verwiesen, die seit Mitte 1994 der EU-Kommission vorliegt.

Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse werden die für das URBAN-Programm relevanten Indikatoren bei den auf den folgenden Seiten beschriebenen Maßnahmen-Bereichen dargestellt.

In der nachstehenden Tabelle wird jedoch bereits an dieser Stelle ein Überblick über alle Maßnahmenbereiche gegeben.

Programm-Achse I: Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten

Maßnahmen-Bereich
Stärkung der zentralen Stadtteil-Bereiche

Der Stadtteil Gröpelingen weist gravierende Strukturschwächen auf, die verstärkt wurden durch die Schließung der Traditionswerft "AG-Weser" in 1983 mit allen daraus resultierenden Folgen (Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen in der Region, Kaufkraftschwund, Abwanderung/Segregation, Erosion von ortsansässigem Einzelhandel und vom Dienstleistungssektor). Eine Trendumkehr zeichnet sich bisher nicht ab.

Das Konzept zur Reaktivierung dieses Stadtteils beruht auf einer Stärkung und Konsolidierung der zentralen Stadtteilbereiche, damit Gröpelingen seine überlokalen, über den Stadtteil hinausgehenden Funktionen wieder hinreichend erfüllen kann. Verfolgt wird der Auf- und Ausbau nach einem "polaren Ansatz". Die Pole bilden die Hauptverkehrsknoten Kreuzung Gröpelinger Heerstraße/Lindenhofstraße/Beim Ohlenhof sowie der Übergangsbereich zum Hafengebiet. Rückgrat zwischen diesen Polen soll die verbindende **Lindenhofstraße** werden. Sie soll zu einer **attraktiven, mit breitgefächertem Einzelhandelsangebot** ausgestatteten **Achse** gehobener Aufenthaltsqualität entwickelt werden. Auch die Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge sind in ihrer räumlichen Zuordnung an dem bipolaren Entwicklungsmodell auszurichten, um über ihre jeweiligen Besucherfrequenzen die zu entwickelnden zentralen Bereiche zu stützen.

Der vorgesehene verstärkte Besatz mit Geschäften und mit Dienstleistungen führt zu vermehrten Liefervorgängen. Um die damit einhergehenden Beeinträchtigungen sowohl im Stadtteil als auch auf den Zufahrtstraßen und für die Lieferfirmen zu minimieren, ist der Einsatz von "**City-Logistik**" vorgesehen. Aufbauend auf einem Entwicklungsgutachten von Dornier, hat die im Güterverkehrszentrum Bremen (GVZ) ansässige GVZ-City-Logistik Bremen GmbH ein Konzept der konsolidierten Anlieferung entwickelt, nach dem die Belieferung von Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungsbetrieben in gebündelter Form - d.h. über eine abgestimmte Tourenplanung - mit

schadstoffarmen, stadtverträglichen Lkws erfolgt. Derzeit werden in Bremen-Stadt mit acht Lkws rd. 1.500 t pro Monat in dieser Weise befördert. Diese Aktivitäten sollen auf den Stadtteil Gröpelingen ausgeweitet werden.

Dieses integrierte Konzept zur wirtschaftlichen Stärkung wird von Bewohnern und Wirtschaftstreibenden im Stadtteil mitgetragen. Anfang des Jahres wurde mit Unterstützung durch Handelskammer, Einzelhandelsverband-Nordsee und Wirtschaftsförderungsgesellschaft ein **Beirat** eingerichtet als Forum und Sprachrohr der ortsansässigen Wirtschaft. Zu den Aufgaben dieses Wirtschaftsbeirats gehört es, über eine frühestmögliche Beratung und Stellungnahme zu öffentlichen Planungsmaßnahmen hinausgehend Vorschläge zu wirtschaftsstärkenden Maßnahmen zu initiieren und zu entwickeln. Um die bestehenden Versorgungsmängel zu verbessern, soll der Beirat dazu beitragen, Aktivitäten der Wirtschaftsunternehmen vor Ort und der Wirtschaftsförderung mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu verknüpfen, um das endogene Potential bestmöglich zu nutzen. In Kooperation mit der Wirtschaftsförderung soll die Arbeit des Wirtschaftsbeirats ausgeweitet werden mit dem Ziel, eine funktionsfähige, regionale Entwicklungsagentur (unter Einbeziehung der Erfahrungen mit dem EU-Projekt Regionale Entwicklungsagentur Osterholz-Tenever) zu schaffen.

Flankierend wird der Zugang zur Weser für Gröpelingen neu erschlossen. Zu schaffende kulturelle Angebote mit Breitenwirkung sowie ein neu gestalteter Fähranleger zählen zu den infrastrukturellen Begleitmaßnahmen der Zentrenbildung und -stärkung, da auch sie neue Besucherinnen und Besucher in den Stadtteil ziehen.

Kategorien der Begünstigten

Bei den vorgesehenen Projekten ergeben sich derzeit als Begünstigte die bauausführende Verwaltung der Stadt Bremen, die GVZ-Entwicklungsgesellschaft Bremen sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen.

Indikatoren für die Evaluierung

In diesem Maßnahmen-Bereich können weitgehend quantifizierbare Indikatoren gewählt werden, so die Entwicklung von Verkaufsfläche, Umsatz und Arbeitsplätzen im Einzelhandel, soweit diese Daten stadtteilbezogen zur Verfügung stehen. Ferner lassen sich Aussagen treffen zu (angestrebten) Veränderungen in der Branchenstruktur sowie zur Entwicklung der Liefervorgänge. Die tatsächlichen Indikatoren und deren Ziel-Erreichungs-Grade hängen jedoch letztlich von der Auswahl der Projekte bzw. von der Akzeptanz der City-Logistik ab und sind nicht ex-ante prognostizierbar (siehe auch tabellarischen Überblick auf Seite 39 a).

Beispiel-Projekt I.1

Revitalisierung zentraler Bereiche / Umgestaltung Lindenhofstraße

Im nördlichen Pol erfolgt eine Aufwertung und Stärkung der vorhandenen Ladengeschäfte und Büros durch Anlage eines Platzes in Nähe des Kreuzungsbereichs Gröpeling Heerstraße/Einmündung Beim Ohlenhof. Zentrale Bedeutung für die ökonomische Stärkung des gesamten Stadtteils erhält - nach seiner Neuordnung - das Grundstück "Bauer Gäbel". Hier ist eine Neuansiedlung von Einzelhandel, angereichert mit Dienstleistungen, vorgesehen, welche Gröpelingen zu einem Stadtteil mit überlokalen, über den Stadtteil hinausgehenden Versorgungsfunktionen aufwerten soll. Dies ist bei der Gestaltung der Anbindung an die Lindenhofstraße zu berücksichtigen.

Im südlichen Pol ist die Umnutzung eines Bauernhauses zu einem Gastronomiebetrieb vorgesehen. Durch eine damit verbundene Platzgestaltung ist u.a. die Möglichkeit für einen saisonalen Außenbetrieb gegeben. Zugangsmöglichkeiten und Anbindung an die Lindenhofstraße sind hierauf abzustimmen.

In diesem Kontext ist als verbindende Maßnahme die Umgestaltung der Lindenhofstraße vorgesehen. Um diese Aufgabe geht es in diesem Beispiel-Projekt I.1, um entsprechende Investitions-Kosten im bremischen URBAN-Programm zu finanzieren. Die Lindenhofstraße soll Geschäftsbereich werden. Insbesondere sind Haltestreifen für die Anlieferung von Einzelhandelsgeschäften entsprechend den Anforderungen der "City-Logistik" zu platzieren und auszugestalten (lärmarm Belag).

Als Träger des Projektes und damit Begünstigter ist die bauausführende Verwaltung der Stadt Bremen vorgesehen.

Beispiel-Projekt I.2

City-Logistik

Der Einsatz von City-Logistik in Gröpelingen erfordert Akquisition und Überzeugungsarbeit bei den potentiellen Empfängern und (nicht zwingend im GVZ ansässigen) Versendern. In Abhängigkeit von der Nachfrage aus dem Stadtteil ist gegebenenfalls der Bestand an schadstoffarmen, stadtverträglichen Lkws (sog. "Entlaster") zu erhöhen. Für die Abwicklung ist der bereits im Einsatz befindliche Technikeinsatz auszuweiten.

Im Rahmen des bremischen URBAN-Programms sollen Anlaufkosten und gegebenenfalls Sach-Investitionen finanziert werden.

Als Begünstigter dieses Projektes ist die GVZ-Entwicklungsgesellschaft Bremen vorgesehen.

Beispiel-Projekt I.3

Wirtschaftsbeirat/Regionale Entwicklungsagentur

Für die Arbeit des bereits eingerichteten Wirtschaftsbeirates respektive der aufzubauenden Entwicklungsagentur sind zum einen Mittel für Personal, Raum- und Sachkosten erforderlich und zum anderen Mittel für Investitionsmaßnahmen (i.S.v. Infrastrukturmaßnahmen), über deren Vergabe der Wirtschaftsbeirat bzw. die Regionale Entwicklungsagentur zu befinden hat. Wirtschaftsbeirat/Regionale Entwicklungsagentur sollen insbesondere in den Vierteln vorhandene endogene Bedürfnisse und Ideen "aufspüren" und - unter Beteiligung der lokalen Akteure - in innovative und vorwärtsweisende Projekte umsetzen.

Als Träger dieses Projektes ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen vorgesehen.

Programm-Achse II: Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit

Maßnahmen-Bereich Erhaltung des „alten Dorfes“

Die Umwandlung des alten Dorfes Gröpelingen in einen industriell geprägten Stadtteil hat fast alle gewachsenen Strukturen vernichtet. Außer einigen gewinkelten Straßenzügen erinnern nur noch wenige Gebäude an die lange Siedlungsgeschichte. Über das ehemalige Grundstück der Kirche und die Kirchenallee verläuft heute die vierspurige Hafенrandstraße mit den Gleiskörpern der Straßenbahn und der Hafenbahn. Ursprüngliche Wegeverbindungen sind zerschnitten. Straßen und Wege enden vor Bahngleisen und der Randstraße.

Das ehemalige Bauernhaus Lindenhofstraße 53, erbaut ca. 1750, ist das älteste teilerhaltene Haus im Zentrum des ehemaligen Dorfes. Es prägt gemeinsam mit einem weiteren, weitgehend umgebauten Bauernhaus, Lindenhofstraße 45, das städtebauliche Erscheinungsbild der Lindenhofstraße. Die zu den beiden Häusern gehörenden Grundstücke werden heute nicht mehr landwirtschaftlich genutzt. Neben dem Bauernhaus Lindenhofstraße 53 befindet sich eine nicht mehr genutzte Tankstelle, das Grundstück ist des weiteren mit etwa 100 Garagen bebaut. Ein aufgegebener Gewerbebetrieb hinter dem Gebäude Lindenhofstraße 45 wurde inzwischen im Rahmen der Sanierung abgerissen. Die derzeitige Nutzung - vor allem der zum Bauernhaus Lindenhofstraße 53 gehörenden Flächen - verhindert eine positive städtebauliche Entwicklung im zentralen Bereich des "alten Dorfes".

Städtebauliches Ziel ist die Erhaltung eines letzten Restes des "alten Dorfes". Als städtebauliche Mitte des Stadtteils Gröpelingen kann der Platz entsprechend der vielschichtigen Bevölkerung ein multikultureller Treffpunkt werden.

Im Umfeld des alten Bauernhauses ist ein sehr wertvoller Baum- und Vegetationsbestand mit weit in den Straßenraum hineinragenden Kronen erhalten. Dieses grüne Erscheinungsbild soll die Grundlage für eine neue räumliche Gliederung sein.

Entstehen soll ein Dorfplatz mit einem vernetzten System unterschiedlich ausgestalteter Freiräume. Der mit einer erhaltenswerten Vegetation bewachsene Vorgarten wird

als öffentlich zugänglicher Bürgergarten konzipiert, der Teilbereich vor der Giebelseite des Bauernhauses als gebäudebezogener Freiraum, ein anderer Teil des Vorgartens als Café- und Restaurationsgarten.

Von großer Bedeutung ist die Verbindung des zentralen Bereiches mit dem Bauernhaus Richtung Industriegelände "AG-Weser". Unterbrochene Wegebeziehungen, verwilderte Trampelpfade und Restgrundstücke im Bereich der Hafenanrandstraße müssen neu geordnet, gestaltet und wiederbelebt werden. Erst wenn der zentrale Bereich mit dem Bauernhaus neu gestaltet und sicher erreichbar ist, wird er seine Funktion als Bindeglied zwischen industriell genutzten Flächen und Wohngebieten erfüllen und zum Mittelpunkt des Stadtteils Gröpelingen werden können.

Kategorien der Begünstigten

Bei den bislang eingeplanten Projekten ist die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau als Begünstigter vorgesehen.

Indikatoren für die Evaluierung

Dieser Maßnahmen-Bereich läßt sich nur durch qualitative Indikatoren bewerten. Hier gilt es insbesondere die Einstellung/Identifikation der Bewohner bezüglich „ihres“ Ortskerns zu ermitteln, zum Beispiel über Befragungen vor und nach Durchführung des Projektes. Daneben gibt die Entwicklung der gastronomischen Dienstleistungen und die Anzahl durchgeführter Veranstaltungen Aufschluß für die Funktionsfähigkeit des Dorfplatzes als Kommunikations-Zentrum. Ein besonders wichtiger Indikator für die Beurteilung dieses Maßnahmen-Bereichs (trifft aber auch auf andere Maßnahmen-Bereiche zu) ist die Mitwirkungs-Bereitschaft der Bewohner im Stadtteil (sog. prozessualer Indikator). Dieser Indikator kann zudem - im Gegensatz zu den übrigen Indikatoren, die erst über einen längeren Zeitraum nach Abschluß der Projekte aussagefähig werden - zeitnah während und nach Durchführung des Projektes herangezogen werden.

Bei prozessualen Indikatoren läßt sich grundsätzlich keine Vorab-Einschätzung zu den erwarteten Wirkungen treffen (siehe auch tabellarischen Überblick auf Seite 39 a).

Beispiel-Projekt II.1

"Bauernhaus"

Es handelt sich um den Ausbau und die Umgestaltung des Bauernhauses Lindenhofstraße 53 im alten Dorfkern von Gröpelingen.

Das Bauernhaus soll zum Identifikationsobjekt werden, das sowohl an die Geschichte des Stadtteils erinnert als auch multikultureller Treffpunkt für eine vielschichtige Bevölkerung ist. Zu erwarten ist eine positive Ausstrahlung auf die Entwicklung des zentralen Bereiches und eine Signalwirkung für Investitionen des privaten Sektors wie z.B. Dienstleistungen, Wohnungsbau. Das Haus soll nach Fertigstellung von einem Pächter übernommen werden, der die vorgesehene Gastronomie betreibt - gemeinsam mit einem Verein "Bauernhaus".

Bei der Nutzung und Gestaltung des Hauses werden Öffentlichkeit und zahlreiche Initiativen im Sanierungsgebiet beteiligt. Erste Zusammenkünfte und Arbeitsgespräche mit mehreren Gruppen haben stattgefunden. Vorgesehen ist die bauliche Umgestaltung im Rahmen eines Beschäftigungsprojektes, da es sich um eine sehr arbeitsintensive Maßnahme handelt. Die Beschäftigung lokaler Initiativen beim Ausbau des Gebäudes wird zur Identifikation der Beteiligten mit "ihrem" Stadtteil beitragen.

Träger des Projekts ist die stadteneigene Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und ein noch zu gründender Verein "Bauernhaus".

Im Rahmen des Programms URBAN sollen investive Ausgaben getragen werden.

Beispiel-Projekt II.2

"Dorfplatz"

Es handelt sich um die Umnutzung und Gestaltung der Freiflächen zwischen dem alten Bauernhaus Lindenhofstraße 53 und der Lindenhofstraße. Der von zahlreichen schützenswerten Bäumen bestandene Freiraum bietet sich für eine vielfältige Nutzung durch die Bürger an. Unter dem Gesamtbegriff "Dorfplatz" sollen miteinander vernetzte Freiräume für gastronomische Nutzung, Versammlungen/Veranstaltungen und auch botanische Nutzung (Bauerngarten) entstehen. Der Dorfplatz dürfte in ganz besonderer Weise Bewußtsein für Siedlungsgeschichte erwecken und zur Identifikation der Bürger mit dem Stadtteil Gröpelingen beitragen. Der Ausbau des Platzes bietet wie schon das Bauernhaus die Möglichkeit, mit lokalen Initiativen und Akteuren eine selbstbestimmte Gestaltung durchzuführen. Dabei wird es sich im wesentlichen um die gleichen Gruppen handeln, die bereits beim Bauernhaus mitwirken.

Zu berücksichtigen ist, daß der Bau des Dorfplatzes im engen Zusammenhang mit dem Ausbau der zentralen Achse Lindenhofstraße steht.

Träger des Projekts ist wie schon beim Bauernhaus die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

Im Rahmen von URBAN sollen investive Kosten finanziert werden.

Beispiel-Projekt II.3

"Sicherheit im öffentlichen Raum"

Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum durch ein stadtteilbezogenes Präventionskonzept mit Bürgerbeteiligung.

Es handelt sich im Grundsatz um präventive Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum und um einen Beitrag zur sozialen Stabilisierung des Stadtteils.

In Zusammenarbeit mit engagierten Bürgern, Initiativen und Sanierungsbeirat sollen Fragen der Sicherheit, Ordnung und Neugestaltung der öffentlichen Wege und Einrichtungen diskutiert und entsprechende Lösungen erarbeitet werden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um:

- ◆ Durchführung von baulichen Maßnahmen in gestörten Bereichen, wie an der Schnittstelle Hafenrandstraße.
- ◆ Auslichtungs-, Entrümpelungs- und Säuberungsmaßnahmen im öffentlichen Raum und auf Privatgrundstücken wie Haltestelle des ÖPNV und Restgrundstücken an städtebaulichen "Schnittstellen".
- ◆ Verbesserung der Beleuchtung an öffentlichen Wegen und Plätzen, insbesondere der Wege die zum zentralen Bereich und zu den Haltestellen des ÖPNV führen.

Das Projekt soll durch seinen besonders stark bürgerorientierten Arbeitsansatz und die Vernetzung der verschiedenen zuständigen Ämter und Organisationen zu einem einvernehmlich getragenen Konzept führen. Erwartet wird eine Übertragbarkeit des Verfahrens auf benachbarte Stadtteile.

Erwartet wird ferner, daß durch unkonventionelle Arbeitsansätze der Verwaltung in Kooperation mit Bürgern Anreize für Privatinvestitionen durch Unternehmen und Eigentümer wie Wohnungsgesellschaften entstehen. Die Umsetzung der Maßnahmen soll in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen, Organisationen und Trägern erfolgen.

Träger des Projekts ist die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau unter Beteiligung des Ortsamtes West und des Sanierungsbeirates Gröpelingen.

Im Rahmen von URBAN sollen überwiegend Investitionskosten sowie begleitend damit im Zusammenhang stehende Sach- und Personalkosten übernommen werden.

Programm-Achse III: Soziale und kulturelle Aktivitäten

Maßnahmen-Bereich
Entwicklung stadtteilbezogener Dienstleistungen

Die Verbesserung der Lebens- und Alltagssituation in städtischen Problemgebieten ist neben den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen, den städtebaulichen und umweltbezogenen Initiativen abhängig von Standard und Qualität der sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen "vor Ort" sowie von kulturellen Angeboten, die mit der Vorstellung von Qualität und Attraktivität des städtischen Lebens in diesen Wohngebieten verbunden sind. Diese Angebote müssen an die konkreten Interessen der Bürger anknüpfen - das Prinzip der Bewohnerbeteiligung ist Grundlage aller kommunalen Initiativen. Sozial- und kulturpolitische Leitlinie des Landes Bremen ist daher, das vorhandene, regionalisierte und stadtteilbezogene Netz von sozialen Diensten und Einrichtungen sowie das Angebot von kulturellen Aktivitäten in den sozial-benachteiligten Wohngebieten gezielt um solche sozialen und kulturellen Maßnahmen zu verstärken, die zu einer positiven Entwicklung, einem besseren sozialen Klima und einer Förderung von bestimmten Gruppen im Stadtteil beitragen. Mit diesen Projekten und Maßnahmen sollen soziale Ausgrenzungsprozesse verhindert bzw. gemindert werden.

Entsprechend arbeiten die in den Stadtteilen tätigen sozialen Dienste und die bestehenden Einrichtungen wie Kindertagesheime oder Jugendfreizeitheime eng zusammen, um über die Beratung und Hilfe im Einzelfall hinaus Förderungsaktivitäten für bestimmte Gruppen zu entwickeln. Das können beispielsweise Maßnahmen zur Integration von behinderten Kindern in Kindertagesheimen sein oder zur Versorgung und schulischen Förderung von Kindern im Alter von 12-14 Jahren, die keinen Hort mehr besuchen. Kulturelle Angebote für unterschiedliche Gruppen - auch in Form von sozial-kulturellen Aktivitäten beispielsweise gerichtet an Kinder und Jugendliche, an ausländische Bürger und ältere Menschen sowie die finanzielle Förderung von lokalen Kulturinitiativen - sind Bestandteil dieses Systems von Dienstleistungen "vor Ort".

Für das Programm URBAN sind - wie beschrieben - Gebiete mit besonderen Problemlagen ausgewählt worden, für die gezielt zusätzliche sozialintegrative Maßnahmen und Projekte entwickelt worden sind, um die Qualität des Lebens und Wohnens in diesen Gebieten zu verbessern.

Damit soll eine soziale Stabilisierung und eine für die Bürger sichtbare positive Entwicklung im sozialen und kulturellen Bereich im Stadtteil erreicht werden.

Die Maßnahmen für das Projektgebiet Gröpelingen sind gekennzeichnet durch

- ◆ eine besondere Qualität des Arbeitsansatzes, der aus den lokalen Gegebenheiten entwickelt wurde und mit einer "Signalwirkung" zur Verbesserung der Infrastruktur beiträgt, was sich positiv auf das Image und die wirtschaftliche Entwicklung auswirken soll;
- ◆ eine Verknüpfung von zusätzlichen Aktivitäten mit vorhandenen Dienstleistungen oder Angeboten, damit eine gezielte und wirkungsvolle Förderung von bestimmten Gruppen möglich wird und eine bestmögliche Nutzung von vorhandenen Ressourcen gesichert werden kann;
- ◆ eine Unterstützung im Stadtteil durch die kommunalpolitischen Gremien und andere Organisationen und Initiativen, um Reibungsverluste und Konflikte bei der Durchführung der Maßnahmen zu vermeiden;
- ◆ eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Partnern, beispielsweise der Sozialverwaltung mit privaten Trägern, der Bauverwaltung mit dem Sanierungsträger und dem privaten Sektor, wobei neue Formen von stadtteilbezogener Kooperation erprobt werden sollen.

Kategorien der Begünstigten

Bei den hier eingeplanten Projekten sind als Begünstigte vorgesehen die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung sowie das städtische Amt für soziale Dienste

Indikatoren für die Evaluierung

Bezüglich der hierunter vorgesehenen kulturellen und sozialen Projekte gilt es in erster Linie, die Auslastung der Einrichtungen zu bewerten, wobei hier zusätzlich zu unterscheiden ist nach lokaler und gesamt-städtischer Nachfrage. Auch bei der hier vorgesehenen Einführung eines stadtteilbezogenen EDV-gestützten Informations-Systems wird zuvorderst die Nachfrage über einen längeren Zeitraum zu beobachten sein.

Die mit den Maßnahmen angestrebten Ziele - Imagegewinn, Verknüpfung mit anderen Dienstleistungen u.a. (s.o.) - lassen sich jedoch nicht in quantifizierbarer Form konkretisieren (siehe auch tabellarischen Überblick auf Seite 39 a).

Im sozialen und kulturellen Bereich sind folgende Projekte vorgesehen:

Beispiel-Projekt III.1

Vitalisierung des Stadtteils durch Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in Verbindung mit Unterstützung von Existenzgründungen auf dem ehemaligen AG-Weser Gelände: "Lichthaus"

Für die Durchführung dieses Projekts wird das ehemalige Betriebsratsgebäude der AG Weser um- und ausgebaut. Dieses Gebäude soll durch neue Nutzungskonzepte erhalten bleiben; denn es hat eine symbolische Bedeutung für diesen Stadtteil, der entscheidend durch den Schiffbau geprägt worden ist. Die Initiative zur Schaffung eines Veranstaltungszentrums mit Räumlichkeiten für kulturelle Aktivitäten, Büros und andere Dienstleistungen hat das Ziel, mit diesem Zentrum im Stadtteil auch Aktivitäten und Dienstleistungen mit gesamtstädtischer Bedeutung und Ausstrahlung abzusichern. Mit diesem Zentrum soll ein Signal gesetzt, zur Wiederbelebung des alten Zentrums von Gröpelingen beigetragen und gleichzeitig das Image des Stadtteils verbessert werden.

Eigentümer der Flächen ist die Stadt, die dem Umbau und der Umnutzung des Komplexes zugestimmt hat. Die Maßnahme ist wesentlicher Bestandteil der Revitalisierung der alten Zentrumsachse Gröpelinger Heerstraße, Lindenhofstraße, Liegnitzstraße, ehemaliges Betriebsgelände AG-Weser: "Polares Stadtmodell" des Sanierungskonzeptes Gröpelingen.

Die Planung für den Umbau des Gebäudes und das neue Nutzungskonzept sind in enger Zusammenarbeit zwischen der Bremischen Gesellschaft als Sanierungsträger und einer Künstlerinitiative entstanden. Diese Initiative hat inzwischen einen Verein zur Übernahme der Trägerschaft für das Gebäude gegründet. Vertreter des privaten Sektors und zukünftige Nutzer des Gebäudes, die von privaten Sponsoren unterstützt werden, sind in die Planungen mit einbezogen. Die zukünftige Nutzung des traditionsreichen Gebäudes ist auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden und findet eine breite Unterstützung. Der Beirat des Ortsamtes Gröpelingen hat der Planung zugestimmt.

Mit diesem Projekt sollen auch neue Formen von öffentlich-privater Partnerschaft und Zusammenarbeit von Betrieben und Initiativen bei Betrieb und Verwaltung des Hauses erprobt werden.

Träger des Projekts ist die Bremische Gesellschaft als Sanierungsträger in Zusammenarbeit mit dem bestehenden Verein.

Im Rahmen des bremischen URBAN-Programms sollen überwiegend Bau-Investitions-Kosten finanziert werden. Damit einher gehen - in begrenztem Umfang - Anschub-Finanzierung in Gestalt von Personal-, Sach- und Ausstattungskosten.

Beispiel-Projekt III.2

Integration durch integrierte Dienstleistungen

Nutzerorientierte Öffnung von sozialen Einrichtungen im Wohngebiet durch integriert erbrachte Dienstleistungen am Beispiel eines Kindertagesheimes

In diesem Projekt sollen Beratungsangebote zur beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung insbesondere für deutsche und ausländische Frauen und die Erprobung eines stadtteilbezogenen Informationssystems verknüpft werden mit dem Versorgungsangebot der sozialen Einrichtung Kindertagesheim. Zielsetzung ist einerseits, bestehende Zugangsschwellen für diese Beratungs- und EDV-gestützten Informationsangebote zu senken. Andererseits wird durch diese integriert erbrachten Dienstleistungen ein Angebot gemacht, das auch von anderen Gruppen des Wohngebietes genutzt werden kann. Es ist damit ein Beitrag, die vorhandenen Benachteiligungen gerade auch bei Jugendlichen - zum Beispiel in der Nutzung - neuer Medien durch ein räumlich gut erreichbares und ohne besondere Auflagen zugängliches und handbares Angebot ausgleichen zu können.

Mit der inhaltlichen Verknüpfung sich ergänzender Zielsetzungen - Angebot von Kinderversorgung, beruflicher Beratung und bewohnernaher Information - bietet sich gleichzeitig die Möglichkeit und die Chance zu einer Vernetzung der üblicherweise getrennt voneinander organisierten Dienstleistungen. Darüber hinaus bietet das so konzipierte Angebot gleichzeitig nicht nur die Möglichkeit einer optimierten Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten, sondern auch die Chance einer stärker nutzerorientierten "Aneignung" dieser Räume. Auf diesem Wege sind Voraussetzungen geschaffen, weitere Formen einer interessen geleiteten Selbstorganisation und Aktivitäten der Bewohner anzuregen und so insgesamt zu einer höheren Kommunikationsdichte und Vertrautheit der Bewohner im Wohngebiet beizutragen.

Das vorgesehene stadtteilbezogene Informationssystem wird in erster Linie Informationen über kommunale Dienste und Einrichtungen, Weiterbildungsangebote, kommunalpolitische Aktivitäten usw per EDV anbieten. Das Konzept soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen erprobt werden.

Träger des Projekts ist das Amt für Soziale Dienste in Kooperation mit dem Träger der Einrichtung.

Im Rahmen des bremischen URBAN-Programms sollen überwiegend Investitionskosten sowie teilweise eine Anschub-Finanzierung übernommen werden.

Programm-Achse IV:

Qualifizierung

Maßnahmen-Bereich

Förderung integrativer Lebens- und Arbeitsformen „vor Ort“

Wie bereits erläutert wurde, ist für das Land Bremen eine einseitige Wirtschaftsstruktur mit einer hohen Abhängigkeit von Problembranchen signifikant. Besonders betroffen davon sind Stadtteile - wie z.B. Gröpelingen -, in denen die sogenannten Problembranchen angesiedelt waren/sind und deren Beschäftigte wohn(t)en. Der Bedeutungsverlust der alten Häfen, die damit einhergehende Krise der hafengebundenen Industrie und vor allem die Schließung der Werft "AG-Weser" haben in Gröpelingen zu einer Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur geführt. Im Unterschied zu der früher relativ homogenen Struktur der Arbeiterbevölkerung hat Gröpelingen heute einen hohen Anteil von marginalisierten Bevölkerungsgruppen.

Die verschlechterte materielle Situation vieler privater Haushalte, der dauerhafte Verlust des Arbeitsplatzes und das Fehlen von Perspektiven können die Voraussetzungen bilden für das Entstehen von Problemlagen, die oft nur durch ein Netz sozialer Unterstützung und Kommunikation abgefedert werden können. Vor diesem Hintergrund verstehen sich die nachfolgend dargestellten Projekte als Beiträge, die in Gröpelingen soziale Dienstleistungen vorhalten und an der Stützung und Erweiterung von sozialen Netzen mitwirken wollen, um integrative Lebens- und Arbeitsformen zu fördern und die Attraktivität des Stadtviertels zu erhöhen.

Kategorien der Begünstigten

In diesem Maßnahmen-Bereich sind Bildungsträger als Begünstigte vorgesehen.

Indikatoren für die Evaluierung

In diesem Maßnahmen-Bereich überwiegen die qualitativen Indikatoren. Es gilt, die Akzeptanz der vorgesehenen Einrichtung durch die Bevölkerung bzw. die betroffenen Bevölkerungsgruppen einzuschätzen. Hierbei ist weniger die Zahl, sondern vielmehr die Art der Betreuung sowie die Entwicklung des sozialen Umfeldes einzubeziehen. Bei der geplanten Kindergruppe sind allerdings auch zahlenmäßige Auslastung und Nachfrage relevant. Bei diesem Projekt sind ferner die beruflichen Entwicklungsperspektiven der Mütter zu beschreiben und zu bewerten. Was die zahlenmäßige Auslastung der sozialen Angebote betrifft, so kann man 100 Prozent ansetzen. Die darüber hinausgehende Nachfrage und die Auswirkungen auf das Umfeld lassen sich jedoch

derzeit nicht in quantifizierten Werten darstellen (siehe auch tabellarischen Überblick auf Seite 39 a).

Beispiel-Projekt IV.1

Sozialzentrum

Diesem Projekt liegt ein integriertes Konzept zugrunde, das erstmalig die Zusammenfassung und Vernetzung bereits in Gröpelingen vorhandener sozialer Dienste mit einer lokalen Beschäftigungsinitiative, einem Bildungs- und Freizeitprojekt sowie einem Beratungsbüro für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet. Das Projekt bündelt somit bereits im Stadtteil vorhandene Aktivitäten. Der Schwerpunkt dieses Maßnahmenbündels liegt auf dem Aspekt der sozialen Eingliederung. Der gewählte integrierte Ansatz des Projektes ist innovativ, weil er unterschiedliche Aspekte berücksichtigt und zusammenfaßt.

◆ Soziale Dienste

Das Konzept sieht die Unterbringung von drei sozialpflegerischen Diensten an diesem Standort vor:

- das Dienstleistungszentrum Gröpelingen, das Sozialberatung im Stadtteil durchführt und hauswirtschaftliche Hilfen vermittelt;
- die Clearingstelle, die vermittelnde Beratung an der Nahtstelle stationäre/ambulante Hilfe durchführt;
- der Bremer Ambulante Dienst.

Neben psychosozialer Beratung werden im Sozialzentrum auch umfassende Hilfen für drogengefährdete und -abhängige Frauen und Männer vorgehalten.

In diesem Kontext ist auch die Einrichtung eines "betreuten Wohnens" für "cleane" Mütter und deren Kinder geplant.

◆ Beschäftigungsprojekte

Ein Schwerpunkt dieses Verbundnetzes ist die Zusammenfassung von zentralen Haustechniken zur Selbsthilfe an einem Standort mit dem Ziel, lokale Beschäftigungsprojekte durchzuführen. Dieser "Bremer-Haus-Service" ist ein Zweckbetrieb, der zunächst 15 Langzeitarbeitslose auf Basis von ABM und § 19 BSHG beschäftigt.

- ◆ Bildung und Freizeit

Das Bildungs- und Freizeitprojekt "Stadt-Land-Fluß" trägt durch Kultur-, Freizeit- und Sportangebote zu einer Verbesserung der Lebensqualität und der Kommunikation der verschiedenen heute in Gröpelingen lebenden Bevölkerungsgruppen bei. Gleichzeitig sollen Veranstaltungen Besucherinnen und Besucher nach Gröpelingen ziehen und den Stadtteil wieder stärker in das allgemeine öffentliche Interesse rücken.

Beispiel-Projekt IV.2

Kindergruppe Känguruh

Kinderbetreuungsdienst für alleinerziehende langzeitarbeitslose Mütter, die an einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen

Antragsteller ist das Arbeiter Bildungs Centrum (ABC) der Arbeiterkammer Bremen, ein Bildungsträger mit Hauptsitz in Gröpelingen. Als Weiterbildungseinrichtung der Arbeiterkammer ist der Antragsteller mit dem Problemstadtteil Gröpelingen verbunden und sieht es als wichtige Aufgabe an, beschäftigungssichernde Maßnahmen für die Region zu leisten.

Ziel dieses Projektes ist, durch die betriebsnahe Einrichtung der Kinderbetreuung im Stadtteil Gröpelingen sowie durch die Einrichtung einer Beratungsstelle zu Problemen der Kinderbetreuung bzw. -unterbringung, alleinerziehenden langzeitarbeitslosen Müttern aus dem Stadtteil die Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung und damit die Chance auf einen Arbeitsplatz zu sichern.

Mit dem Projekt soll dem Problem der Kinderunterbringung als notwendige Voraussetzung für eine gelungene Teilnahme der alleinerziehenden Mütter begegnet werden. Motiv für die Einrichtung der Kinderbetreuung ist neben dem Wissen um die grundsätzlichen Schwierigkeiten für Frauen, Weiterbildung mit familiären Aufgaben zu verbinden, die Erfahrung, daß Frauen ohne ein Kinderbetreuungsangebot überdurchschnittlich die Qualifizierungsmaßnahmen abbrechen. Zur Erleichterung des organisatorischen Aufwandes der Kinderbetreuung bietet das ABC Kindergartenplätze in der "Eltern-Kind-Gruppe Känguruh" an. Die Kinderbetreuungseinrichtung liegt in der Nähe des Weiterbildungsbetriebes im Stadtteil Gröpelingen und ist auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Sie verfügt über 15 Plätze. Die Öffnungszeit richtet sich nach der Ausbildungszeit der Frauen in den Qualifizierungsmaßnahmen. Die Unterbringung in der Nähe des Ausbildungsplatzes hat für die Mütter den Vorteil, daß Ausbildungszeit und Kinderbetreuungszeit aufeinander abgestimmt sind. Die Frauen haben darüber hinaus Gelegenheit, ihre Kinder in Notlagen (wie dem Beginn einer Krankheit oder psychisch bedingtem Unwohlsein des Kindes) untertags zu besuchen.

Als begleitende Maßnahme zur Weiterbildung wird darüber hinaus eine Beratung durch den "Zentralen Dienst zur Beratung und Betreuung von Kindern" angeboten.

Diese Beratungsstelle vermittelt öffentliche, private und kirchliche Angebote der Kinderbetreuung im Stadtteil Gröpelingen und versucht, durch ihre Informationsbündelung kompensierend gegen die ungenügende Angebotslage bei Hort- und Kindergartenplätzen durch die Stadt Bremen zu wirken. Die Beratung erstreckt sich darüber hinaus auf Informationen, wie die Frauen die Kinderbetreuungsangebote finanzieren können.

Schließlich bezieht sich das vorgeschlagene Projekt auch auf das Problem der Kinderunterbringung im Krankheitsfall. Es kooperiert in diesen Fällen mit dem sogenannten "Oma-Hilfsdienst", einer Initiative älterer Frauen, die zu einem relativ geringen Entgelt die Kinder in dieser Situation zu Hause pflegen.

Innovativer Wert und Bedeutung für die Entwicklung/Zielsetzung für den Stadtteil Gröpelingen:

Der Stadtteil Gröpelingen zeichnet sich als sogenannter "Problem-Stadtteil" auch dadurch aus, daß eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote - insbesondere der Frauen - zu verzeichnen ist. Das Angebot der Kinderbetreuung und Beratung in Fragen der Kinderbetreuung und Unterbringung schafft für Frauen aus dem Stadtteil die Möglichkeit, ihre Arbeitslosigkeit durch die Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme zu beenden. Qualifizierungswilligen Müttern, insbesondere alleinerziehenden Frauen, werden somit Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen. Das Angebot richtet sich hauptsächlich an Kinder von Frauen, die an einer Qualifizierungsmaßnahme des ABC teilnehmen. Wenn nicht alle Kindergartenplätze belegt sind, werden jedoch auch Kinder aus dem Stadtteil aufgenommen.

Initiierende und begleitende Aktivitäten

Im Rahmen der Begleitung sind im Land Bremen für das EU-Programm URBAN folgende Aktivitäten geplant:

- ◆ Die Initiierung von Mitgestaltung durch Wettbewerb in einem Aktions-Rahmen URBAN. Dies wird am Ende dieses Abschnitts ausführlicher beschrieben.
- ◆ Auf Landes-Ebene wird eine Koordinations-Stelle eingerichtet, die in den URBAN-Vierteln - in enger Zusammenarbeit mit bestehenden wie besonders auch im Rahmen dieses Programms geförderten Institutionen (beispielsweise der Wirtschafts-Beirat in Gröpelingen) - die Projekte begleiten und "pushen" soll, wobei ein Hauptaspekt darauf liegt, die Verzahnung sowohl innerhalb der Viertel wie auch zwischen den sonstigen Aktivitäten in Bremen-Stadt und Bremerhaven zu gewährleisten.
- ◆ Zur effizienten administrativen Programm-Steuerung und -Ausschöpfung wird das eigens in Bremen für EU-Programme entwickelte EDV-Programm EVI (Vollzugs-, Wirkungskontroll- und Informations-System) eingesetzt. EVI soll die Vollzugskontrolle absichern sowie zusätzlich Evaluierungs-Parameter systematisch sammeln und aufbereiten.
- ◆ Das Land Bremen hat die Evaluierung von EU-Regional-Programmen bislang nicht lediglich als eine Pflicht, sondern darüber hinaus stets als eine Herausforderung begriffen, die Wirkungen von Ziel-2-Programmen und Gemeinschafts-Initiativen umfassend zu bewerten. Die jüngste Studie für das bremische EU-Programm Ziel-2/Phase I (1989-92), die Mitte 1994 der Kommission übermittelt wurde, ist hierfür das herausragende Beispiel. Entsprechend gesammelte Erfahrungen sollen auch hier im bremischen URBAN-Programm zur Anwendung gelangen.
- ◆ Sowohl auf lokaler wie auch interregionaler und transnationaler Ebene hat das Land Bremen in den letzten Jahren seine Vernetzungs-Aktivitäten vorangetrieben.

Aus den Erfahrungen des REAG-Projektes in Tenever (EU-gefördertes Projekt nach Art. 10 der EFRE-Verordnung) sind Übertragungen der Projekteinsätze auf andere Ortsteile insbesondere auch in Bremerhaven (Leherheide) im Gange.

In Gröpelingen existiert der Sanierungsträger Bremische Gesellschaft sowie ein Geflecht von interinstitutionellen Arbeitsgruppen einschließlich der Beteiligung des Wirtschafts-Beirates Gröpelingen.

Interregional ist das Land Bremen eingebunden in einen projektbezogenen Austausch mit der Stadt Groningen in Verbindung mit den beiden EU-Pilot-Projekten "Social Economic Development Network (SEND)" in Groningen und "Regionale Entwicklungsagentur Tenever (REAG)" in Bremen. Beide Projekte laufen - nach Verlängerung durch die EU-Kommission - noch bis Juni 1995.

Transnational: Seit 1989 ist das Land Bremen Mitglied im EU-Netzwerk "Quartiers en Crise"; diese Aktivitäten sollen fortgesetzt werden.

Im Rahmen des bremischen URBAN-Programms sollen diese Teilnetzwerke stärker als bisher miteinander verbunden werden, um so einen noch mehr flächenabdeckenden Effekt zu erhalten.

- ◆ Mit dem Instrument von Workshops, die in Kooperation insbesondere auch mit anderen URBAN-Regionen in Europa angestrebt werden, soll die oben angesprochene Intensivierung der Vernetzungs-Aktivitäten auf lokaler, interregionaler und transnationaler Ebene erfolgen. Zudem beabsichtigt das Land Bremen, in Netz-Verbänden, wie sie das Deutsche Seminar für Wirtschaft und Städtebau (DSSW) intendiert, sich verstärkt einzubringen.

Für die umfangreichen begleitenden Aktivitäten werden im vorliegenden EU-Programm URBAN entsprechende Mittel vorgehalten.

Aktions-Rahmen URBAN im Stadtteil Gröpelingen

Als eine Idee, durch Wettbewerb die Mitgestaltung in den Vierteln zu fördern, wird zur Zeit angedacht, einen Aktions-Rahmen gemäß den Zielsetzungen und Richtlinien des URBAN-Programms zur Unterstützung der Selbsthilfe und der Eigenleistung von Bewohnern zu schaffen. Ziel ist die Unterstützung und öffentliche Anerkennung für Aktivitäten von Bewohnern zur Verbesserung der Lebenssituation in den Projektgebieten.

Um für solche Aktivitäten und Maßnahmen einen Zuschuß zu erhalten, könnten sich Einzelpersonen, Zusammenschlüsse von Personen, Gruppen, Initiativen und Träger, Organisationen, Unternehmen usw bewerben.

Die Vorschläge müßten festgelegte Kriterien erfüllen wie zum Beispiel Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit / Öffentlichkeit an der Maßnahme, keine Benachteiligung oder Diskriminierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen oder Gruppierungen, Beteiligung an der Durchführung mit Eigenleistungen oder finanziellen Beiträgen, angemessene Kosten usw.

Die Anträge müßten u.a. enthalten:

- ◆ Beschreibung der Maßnahme mit Zielsetzung und Nutzen bzw Darstellung des positiven Beitrags zur Entwicklung im Quartier,
- ◆ Ausweisung des Antragstellers, der Gruppe, der Nachbarschaft, der Organisation, des Trägers usw,
- ◆ Darstellung der Eigenleistung bzw des Beitrages des Antragstellers zur Realisierung und Absicherung der Aktivität, der Aktion,
- ◆ Kostenkalkulation.

Zur Auswahl und Entscheidung über die Anträge soll eine Jury einberufen werden, die mit verantwortlichen Vertretern aus dem Stadtteil und den zuständigen Verwaltungen besetzt wird.

7. Finanzierung

Das bremische Operationelle Programm URBAN enthält überwiegend öffentliche Ausgaben, die investiver Art sind (Anteilsfinanzierung Regional-Fonds EFRE), aber auch Ausgaben, die in den arbeitsmarktpolitischen und sozialen Bereich fallen (Anteilsfinanzierung Sozialfonds ESF).

Ein detaillierter Finanz-Plan des Gesamt-Programms sowie die Aufteilung der Mittel nach Jahren ist in den nachfolgenden Tabellen zu finden.

Das Gesamt-Volumen des hier beschriebenen bremischen Operationellen Programms URBAN beläuft sich insgesamt (Brutto-Volumen) auf **16,31 Mio. ECU**.

Die darin enthaltenen Anteile der Strukturfonds - sowohl **EFRE** wie **ESF** - belaufen sich zusammen auf **8 Mio. ECU**.

Auf den **EFRE** entfallen **6,52 Mio. ECU**; die **komplementäre Finanzierung** beläuft sich auf **6,52 Mio. ECU** und wird ausschließlich aus öffentlichen Landesmitteln bestritten. Die Anteilssätze der Strukturfonds bezüglich der EFRE-Aktivitäten beträgt durchgängig 50 Prozent - bezogen jeweils auf die öffentlichen Ausgaben.

Auf den **ESF** entfallen **1,48 Mio. ECU**; die **komplementäre Finanzierung** beläuft sich auf **1,275 Mio. ECU** öffentliche Landesmittel und **0,515 Mio. ECU** private Mittel. Der Anteilssatz des ESF - bezogen auf die Gesamtkosten - beträgt durchgängig 45 Prozent.

Die Aufteilung nach Jahren wird - nachdem sich die Laufzeit des Programms auf den Zeitraum 1995-1999 verkürzt hat - wie folgt vorgenommen: 1995 - 25 Prozent, 1996 - 30 Prozent, 1997 - 15 Prozent, 1998 - 15 Prozent, 1999 - 15 Prozent.

8. Aspekte der Umsetzung

8.1 Wettbewerbsregeln

Im vorliegenden Programm URBAN sind keine Beihilfen an Unternehmen gemäß Artikel 92 EWG-Vertrag vorgesehen.

Falls sich im Verlauf der Umsetzung dieses Programms herausstellt, daß Einzelprojekte den Charakter einer Unternehmens-Beihilfe aufweisen, erfolgt selbstredend eine Einzelfall-Notifizierung.

8.2 Vereinbarkeit des Programms URBAN mit sonstigen Gemeinschafts-Politiken

Gemäß Artikel 7 der Rahmenverordnung VO (EWG) 2081/93 entsprechen die Aktionen im URBAN-Programm des Landes Bremen den Verträgen sowie den aufgrund der Verträge erlassenen Rechtsakten und den Gemeinschafts-Politiken. Im einzelnen wird hier auf die Ausführungen im Ziel-2-Programm 1994-96 (PHASE III), Kapitel 6.2, verwiesen.

8.3 Großprojekte

Es ist keine Förderung von Großprojekten im Sinne des Artikels 16, Absatz 2 VO (EWG) Nr. 2082/93 (mehr als 25 Mio. ECU an Infrastruktur-Investitionen und mehr als 15 Mio. ECU an produktiven Investitionen) vorgesehen. Falls sich dennoch im Verlauf des Programm-Vollzugs herausstellt, daß auch Großprojekte gefördert werden sollen, so werden diese vor einer endgültigen Förderzusage der Europäischen Kommission zur Stellungnahme zugeleitet.

8.4 Zusätzlichkeit

Die Zusätzlichkeit der Mittel wird gemäß Artikel 9 VO (EWG) Nr. 2082/93 garantiert. Zum Nachweis der Additionalität wird hier verwiesen auf die Ausführungen im Ziel-2-Programm 1994-96 (PHASE III), Kapitel 5.

8.5 Festlegung der Zuständigkeiten und Programm-Organisation

Die Federführung für das Gesamt-Programm URBAN liegt beim Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (SWMT) der Freien Hansestadt Bremen. Die Programmteile des ESF liegen in der Verantwortung des Senators für Arbeit und Frauen (SAF), unbeschadet der Gesamt-Verantwortung des SWMT. Teilbereiche der Durchführungs-Aufgaben werden von anderen Ressorts des Landes Bremen oder von bremischen Gesellschaften erbracht, jedoch geschieht dies in Abstimmung und unter Federführung des Wirtschaftsressorts. Es wird angestrebt, bei der Umsetzung des Programmes zur Abstimmung mit weiteren zuständigen Ressorts eine begleitende Arbeitsgruppe einzurichten.

8.6 Finanz-Abwicklung und Finanz-Kontrolle

Die Mittel der Europäischen Union im Rahmen des Programms URBAN fließen über den Bund an das Land Bremen und werden dort beim Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und beim Senator für Arbeit und Frauen etatisiert. Beide Ressorts zahlen die Mittel an die Endbegünstigten aus, sofern die Projekte in ihre Zuständigkeit fallen. Bei anderweitiger fachlicher Zuständigkeit werden die beim SWMT bzw SAF veranschlagten Mittel den entsprechenden Behörden und Institutionen zur weiteren Bewirtschaftung zugewiesen.

Die Mittelbindung für einzelne Projekte erfolgt erst nach Beschluß-Fassung durch die Wirtschaftsförderungs-Ausschüsse bzw die Staatliche Deputation für Arbeit des Landes Bremen sowie anderer in Bremen vorgesehener parlamentarischer Gremien und unterliegt somit der parlamentarischen Kontrolle.

Die Bewilligungsstelle beim Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und beim Senator für Arbeit und Frauen sowie in Einzelfällen weitere, nach dem Landes-Haushalts-Recht vorgesehene Einrichtungen stellen sicher,

- daß Unregelmäßigkeiten verhindert und geahndet werden,

- daß infolge von Unregelmäßigkeiten oder Fahrlässigkeit verlorengegangene Beträge zurückgefordert und erneut programmatsprechend eingesetzt werden.

Ferner überprüfen sie regelmäßig, daß die im Rahmen des Programms URBAN finanzierten Aktionen ordnungsgemäß ausgeführt werden, und sie prüfen die Verwendungsnachweise nach Beendigung einer Aktion.

Von diesen Bremen-internen Kontrollen unberührt sind die in Art. 23 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2082/93 vorgesehenen Kontrollen durch die Europäische Kommission.

8.7 Publizität

Entsprechend der Entscheidung der Kommission Nr. 94/342/EG an die Mitgliedstaaten und gemäß Artikel 32 VO (EWG) 2082/93 werden die Informations- und Publizitäts-Vorschriften nach Genehmigung des bremischen Programms URBAN eingehalten. Insbesondere ist vorgesehen, das URBAN-Programm im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Senators für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in geeigneter Form zu publizieren. Darüber hinaus wurde und wird die Öffentlichkeit in den (lokalen) Medien über die URBAN-Förderung der Europäischen Union informiert.

Für die Infrastruktur-Maßnahmen im Rahmen des URBAN-Programms werden die vorgeschriebenen Hinweis- und Erinnerungstafeln angebracht. Im Falle produktiver Investitionen und Maßnahmen erhalten die Zuwendungs-Empfänger mit dem Zuwendungs-Bescheid eine Mitteilung über die Beteiligung der EU-Strukturfonds.

8.8 Partnerschaft

Zur Partnerschaft wird verwiesen auf die ausführlichen Darlegungen in den Kapiteln 3.3 und 3.4 des Ziel-2-Programms/Phase III (1994-96).

8.9 Begleitender Ausschuß

Gemäß Artikel 25 VO (EWG) 2082/93 werden zur Begleitung des Vollzugs der EU-Programme im Rahmen der Partnerschaft im Einvernehmen zwischen dem betreffenden Mitgliedstaat und der Kommission sog. Begleitausschüsse eingesetzt. Es wird davon ausgegangen, daß der bestehende Begleitausschuß auch für die Begleitung der Gemeinschafts-Initiative URBAN zuständig sein wird.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten sind im einzelnen in Kapitel 6.9 des Ziel-2-Programms/Phase III (1994-96) dargelegt. Es wird insoweit darauf verwiesen.

8.10 Verfahren zur Programm-Änderung

Da in Bremen bereits eine vorläufige Liste förderungswürdiger Projekte zusammengestellt wurde, die aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und während der Programmdurchführung sicherlich noch ergänzt werden wird, ist für den Programmvollzug eine hohe Flexibilität erforderlich. Abweichungen vom Finanzierungsplan und kleinere Änderungen sollten - sofern sie die vorgegebenen Grenzwerte nicht überschreiten - im Begleitausschuß beraten und beschlossen werden respektive der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden.

Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, daß in Bremen ausreichend Projektvorschläge vorliegen, um das Programm URBAN weiter aufzustocken, falls eine Ausschöpfung der Quote in den Regionen der westlichen - alten - Bundesländer gefährdet ist oder aus anderen Gründen weitere URBAN-Finanzmittel aus den EU-Strukturfonds zur Verfügung stehen.

8.11 Berichte zum Stand der Durchführung des Programms

Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie der Senator für Arbeit und Frauen legen jeweils aus ihren Zuständigkeitsbereichen der Europäischen Kommission innerhalb von sechs Monaten nach Ende jedes vollen Durchführungsjahres für mehrjährige Aktionen einen Zwischenbericht vor. Außerdem werden Quartalsmeldungen und ein Abschlußbericht vorgelegt.

8.12 Auslaufregelungen

Das Programm URBAN bezieht sich auf die Jahre 1994 bis 1999. Bewilligungen für Vorhaben können ab dem 02.01.1994 und müssen spätestens am 31.12.1999 ausgesprochen werden. Auszahlungen an die Endbegünstigten sind bis zum 31.12.2001 möglich.

8.13 Darstellung der Finanzströme

